



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 7 · Juli 2002 · 57. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Hessen auf dem Weg in die Wissensgesellschaft. Bildung
und Qualifikation als Schlüsselfaktor

Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 2001

Hessischer Zahlenspiegel



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Bildung	
Hessen auf dem Weg in die Wissensgesellschaft. Bildung und Qualifikation als Schlüsselfaktor. Von <i>Dr. Frank Padberg</i>	170
Sozialleistungen	
Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 2001. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	181
Umwelt	
830 000 t Verpackungsabfälle in Hessen. Von <i>Dr. Anne-Katrin Wincierz</i>	185
Ganz kurz . . .	187
Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen	189
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung	190
Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	190
Landwirtschaft	191
Verarbeitendes Gewerbe	191
Energie- und Wasserversorgung	191
Handwerk	192
Baugewerbe, Baugenehmigungen	192
Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe	192
Außenhandel	193
Tourismus, Verkehr	193
Geld und Kredit	194
Gewerbeanzeigen	194
Preise	194
Steuern	195
Verdienste	195
Buchbesprechungen	Umschlagseiten 3 und 4
Der Hessische Umwelt-Monitor lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die nächste Ausgabe wird in Heft 10/02 erscheinen	

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2002
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804
Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden
Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 3,00 Euro (Doppelheft 6,00 Euro), Jahresabonnement 30,60 Euro (zuzüglich Versandkosten)
Digital: Einzelheft 3,00 Euro (Doppelheft 6,00 Euro), Jahresabonnement 30,60 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 38,50 Euro (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

Zeichen

— = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
. = Zahlenangabe nicht vorhanden bzw. Nachweis nicht möglich, weil die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist oder weil bei Veränderungsraten die Ausgangszahlen kleiner als 100 sind.
. . . = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
D = Durchschnitt.
p = vorläufige Zahl(en).
r = berichtigte Zahl(en).
Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

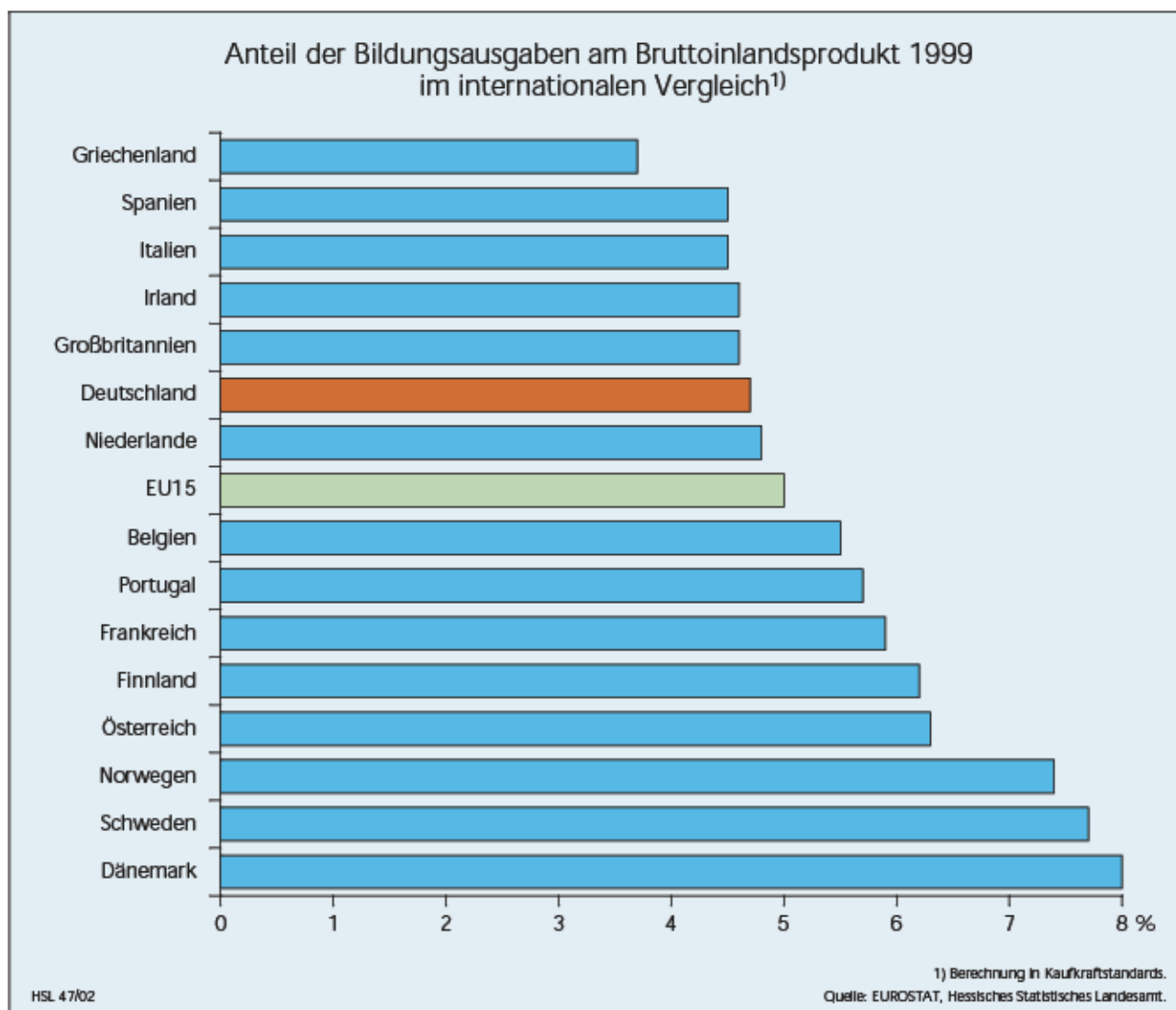
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

7 · 02

57. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Hessen auf dem Weg in die Wissensgesellschaft

Bildung und Qualifikation als Schlüsselfaktor

Hessen befindet sich auf dem Weg in die Wissensgesellschaft¹⁾. In keinem anderen Bundesland ist der Anteil des traditionell arbeitenden Verarbeitenden Gewerbes in den letzten Jahren so stark zurückgegangen wie hier, während stärker technologie- und wissensbasierte Industriezweige an Bedeutung zulegen konnten. Informations- und Kommunikationstechnologien haben als „Querschnittstechnologien“ alle Wirtschaftsbereiche durchdrungen, wodurch heute nicht nur die Hightech-Sektoren bzw. die so genannte New Economy selbst, sondern auch die Produktionsprozesse und Arbeitsabläufe der Industrieunternehmen — also der klassischen Old Economy — beeinflusst werden. Der durch die technisch-organisatorisch gewandelten Arbeitsanforderungen entstandene Engpass an qualifizierten Facharbeitern sowie das schlechte Abschneiden deutscher Schüler im internationalen Vergleich (PISA-Studie) deutet allerdings auf Schwächen im Bildungs- und Ausbildungsbereich hin. Verschärft wird diese Problematik mit Blick auf die demografische Entwicklung, die in den nächsten Jahren zu einer deutlichen Abnahme der Personen im erwerbsfähigen Alter führen wird. Die Sicherstellung eines hohen Niveaus an allgemeiner und technikrelevanter Bildung als eine zentrale Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit Hessens gerät damit in Gefahr.

Hessen auf dem Weg in die Wissensgesellschaft

Die hessische Wirtschaft ist vom starken Wachstum des Dienstleistungssektors²⁾ und von einer zunehmenden Wertschöpfungsintensität, also der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, geprägt. Mit dem Wandel der Produktionsstruktur gewinnen außerdem produktionsnahe, *wissensintensive Dienstleistungen* an Bedeutung. Die Herstellung der Güter wird zunehmend räumlich übergreifend und just-in-time koordiniert. Innerhalb der dabei ablaufenden Prozesse steigen die Ansprüche an Bildung und Qualifikation sowie an die Leistungsfähigkeit von Bildungsinstitutionen kontinuierlich. Besonders deutlich zeigt sich dies im Bereich neuer Technologien, z. B. der *Informations- und Kommunikationstechnik*. Hier sind vor allem Humankapital und Know-how die Determinanten, die über die Wettbewerbsfähigkeit entscheiden, mit gravierenden Folgen für die Organisation von Arbeit. So verlieren die bisherigen funktions- und berufsorientierten Arbeitsorganisationsstrukturen mehr und mehr an Bedeutung, wohingegen es in einigen Zukunftsindustrien (z. B. Biotechnologie, Pharmazie usw.) und einigen technologisch orientierten Dienstleistungsbereichen (Beratung, Informatik, Informations- und Kommunikationstechnologien) zum Entstehen multifunktionaler Unternehmenseinheiten mit spezifischen, vermehrt kunden- und prozessorientiert zu lösenden Aufgaben kommt.

Steigende Anforderungen an Beschäftigte

Als Reaktion auf die tief greifenden technisch-organisatorischen Umstrukturierungen steigen die Anforderungen an die Beschäftigten nahezu auf allen Stufen beruflicher Qualifikation. Damit einher geht ein *Wandel der Qualifikationsprofile*. Über das spezifische fachliche Wissen und Können setzen die Arbeitsanforderungen zunehmend auch Allgemeinbildung und soziale Kompetenz voraus. Gefordert wird zudem eine so genannte Metakompetenz, die es gestattet, situativ und aufgabenbezogen das vorhandene Wissen und Können zu erweitern.

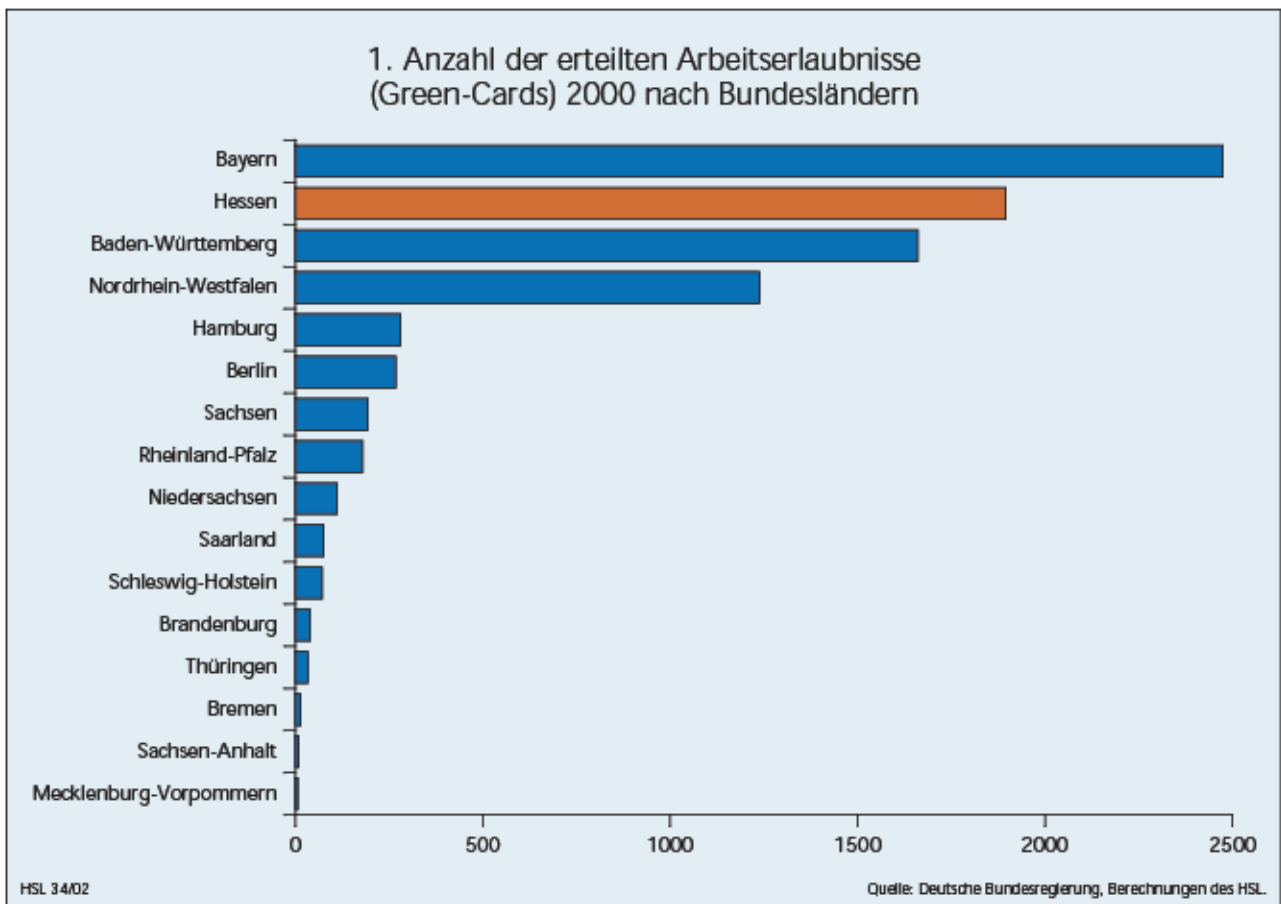
Im Gegensatz dazu ist es — z. B. auf Grund der langen Vorlaufzeiten des Bildungssystems — kaum möglich, kurzfristige, vor allem technologiebedingte Engpässe aus dem bestehenden Arbeitsmarkt oder aus dem unternehmenseigenen Beschäftigtenpool zu decken. Insbesondere für neue Entwicklungen in der IuK-Branche und in anderen Hightechindustrien reichen die Effizienzsteigerungen bei Hochschulen und bei der betrieblichen Weiterbildung nicht aus, um auftretende Engpässe im Bereich der hoch Qualifizierten abzudecken. Wie groß die Qualifikationslücken sind, die der Umstrukturierungsprozess in einzelnen Schlüsselindustrien gerissen hat, zeigt sich u. a. daran, dass hessische Unternehmen in den letzten Jahren verstärkt versuchen, die Nachfrage nach Fachkräften durch gezielte Einbeziehung ausländischer IT-Fachkräfte zu kompensieren. Die besondere Relevanz, die der Suche nach IT-Fachkräften dabei in Hessen zukommt, wird allein daran deutlich, dass nach Einführung der so genannten „Green-Card“ im Jahr 2000 von den über 8500 erteilten Arbeitserlaubnissen fast 1900 (das entspricht 22 % der deutschlandweit vergebenen Green-Cards) auf das Bundesland Hessen entfielen³⁾.

Innerhalb Hessens ist die Nachfrage nach Fachkräften allerdings höchst unausgewogen. So zeigt ein interregionaler

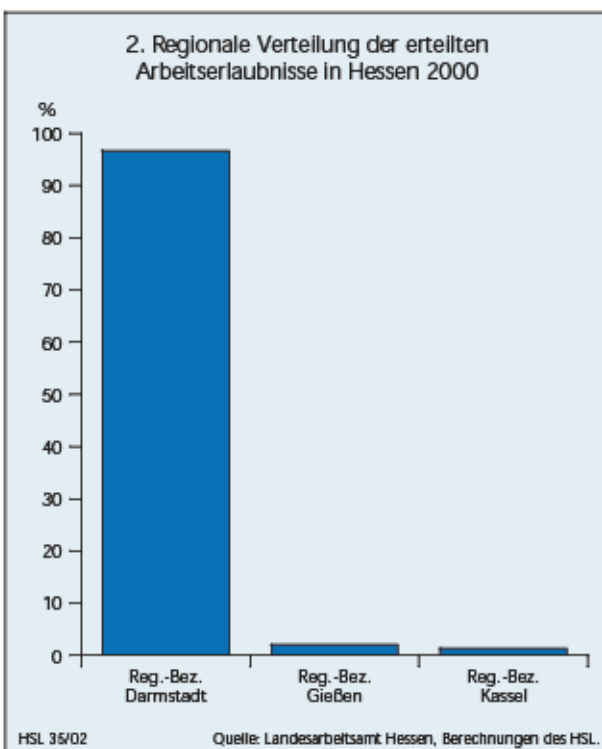
1) Zur Begrifflichkeit vgl. Welsch, J.: Globalisierung, neue Technologien und regionale Qualifizierungspolitik, Marburg, 2000, S. 17 ff.

2) Der Dienstleistungssektor setzt sich statistisch aus den Wirtschaftsabschnitten G bis Q (u. a. Handel, Gastgewerbe, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstücks- und Wohnungswesen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) zusammen.

3) Bei der Green-Card handelt es sich um ein Sondervisum nach US-amerikanischem Vorbild, um den Zugang von nicht EU-Arbeitskräften zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die Arbeitsgenehmigung wird auf fünf Jahre befristet; damit soll eine dauerhafte Einwanderung der Fachkräfte vermieden werden.



Vergleich eine hochgradige Konzentration der erteilten Arbeitserlaubnisse auf das Rhein-Main-Gebiet. Überproportional stark war die Nachfrage nach ausländischen IT-Fachkräften demnach vor allem in der Stadt Frankfurt mit 79,9 %.



Dagegen wurden von den Unternehmen in Nordhessen (Regierungsbezirk Kassel) und Mittelhessen (Regierungsbezirk Gießen) kaum Green-Card-Fachkräfte angeworben. Die Gründe hierfür dürften — neben der geringen Dichte von IT-Unternehmen — darin zu suchen sein, dass der vergleichsweise geringe regionale Bedarf an Fachkräften vom heimischen Arbeitsmarkt relativ gut gedeckt werden kann. Ferner übt das Rhein-Main-Gebiet — und hier insbesondere die Stadt Frankfurt — durch ihren internationalen Bekanntheitsgrad eine höhere Anziehungskraft auf ausländische Arbeitskräfte aus als die weniger bekannten Regionen Nord- und Mittelhessen.

Überaus hoch war die Nachfrage in Hessen insbesondere nach Leistungen im Bereich der Datenverarbeitung. In diesem Segment wurde mehr als jede zweite Green-Card-Fachkraft eingesetzt. Engpässe existieren aber offensichtlich auch bei den Unternehmensdienstleistern. Hier arbeiteten 26 % der Fachkräfte. 5 % waren im Bereich der Sonstigen Dienstleistungen, weitere 2 % im Kreditgewerbe beschäftigt. Alle anderen entfielen auf die so genannten „Übrigen Dienstleister“.

Stärkung des nationalen Bildungssystems

Im Hinblick auf die sich permanent verkürzenden Innovationszyklen und sich schnell wandelnde Geschäftsfelder fällt es den Unternehmen zunehmend schwerer, den Bedarf an



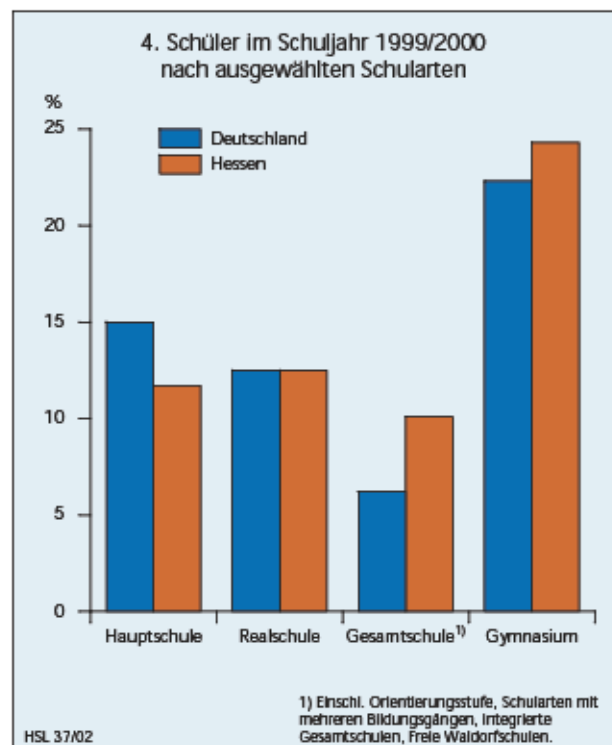
berufsrelevanten Qualifikationen langfristig vorauszubestimmen. Der Versuch, insbesondere der hessischen Wirtschaft, die Mängel des inländischen Bildungssystems durch Einbeziehung von nicht EU-Facharbeitern auszugleichen, dürfte hierbei aber langfristig keine geeignete Lösung darstellen. Neben Integrationsproblemen und der Gefahr, dass Unternehmen in zunehmendem Maß darauf verzichten, ihren Wissensbedarf intern zu generieren, stehen diesem insbesondere eine Reihe von praktischen Problemen gegenüber. So würde ein System, das ausschließlich auf Zuwanderung basiert, zum einen eine zuverlässige Prognosefähigkeit der mittelfristigen Angebots- und Nachfrageentwicklung voraussetzen, wie sie in der Praxis unerreichbar ist⁴⁾. Zum anderen hat sich gezeigt, dass die berufsspezifische Immigration zu erheblichen Fraktionen und zeitlichen Verzögerungen bei der Einarbeitung führt, die in der Größenordnung sogar durchaus mit denen der qualifikatorischen Anpassung von Inländern durch das inländische Bildungssystem vergleichbar sein können. Deshalb haben diese und andere schlechten Erfahrungen des „occupational targeting“ in einigen klassischen Einwanderungsländern bereits zu einer völligen Abkehr von diesem System geführt⁵⁾. Aus diesem Grund ist die Forderung nach Unverzichtbarkeit und Stärkung der nationalen Bildungssysteme als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Wohlstand zu unterstreichen, wie sie in der aktuellen Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorgestellt wird⁶⁾.

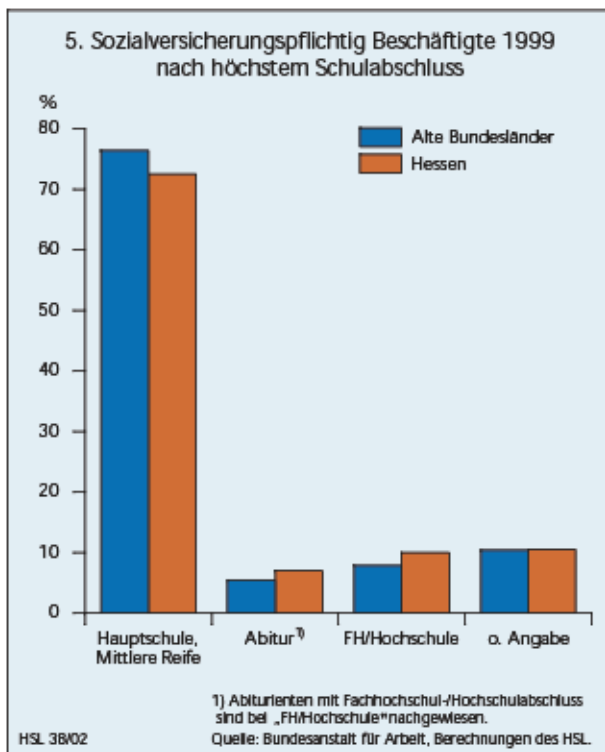
4) Vgl. z. B. IZA: Gutachten für das Bundesministerium des Innern, Bonn 2001.
5) Vgl. z. B. Winkelmann, R.: Immigration Policies and their Impact: The Case of New Zealand and Australia, Kap. 1, 2001.
6) OECD: Education at a Glance, Paris, 2000.

Bildungsstruktureller Wandel

Dass sich Hessen trotz der angesprochenen Aspekte auf dem Weg in die „Wissengesellschaft“ befindet, lässt sich anhand der *Bildungsexpansion* der letzten Jahrzehnte ablesen. Wissen und Bildung haben zunehmend Bedeutung für die Entwicklung der modernen Sozialstruktur gewonnen. Insbesondere der Ausbau der Gymnasien sowie der Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten führte dazu, dass immer mehr junge Menschen weiterführende Bildungseinrichtungen besuchen und verstärkt mittlere oder höhere Bildungsabschlüsse erwerben.

Wie bei einem Vergleich von Schülern nach ausgewählten Schularten deutlich wird, verfügt Hessen hierbei im bundesdeutschen Vergleich über *bildungsstrukturelle Vorteile*. So waren im Schuljahr 1999/2000 gut 24 % der Schüler in Hessen an Gymnasien, gegenüber gut 22 % in Deutschland. Dagegen besuchten nur knapp 12 % der hessischen Schüler Hauptschulen, während der Anteil der Hauptschüler in Deutschland bei 15 % lag. Von Interesse für die aktuelle Entwicklung ist aber neben dem Bildungsstand der Schüler der derzeitige Bildungsstand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Auch dieser erreicht in Hessen ein vergleichsweise hohes Niveau. Immerhin 10 % der hessischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten besitzen einen Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluss, gegenüber 7,8 % im Bund. Weitere 7 % der Beschäftigten in Hessen und 5,4 % der Beschäftigten in Deutschland haben das Abitur. Hessen verfügt damit im Hinblick auf die zur Umsetzung technologischer Neuerungen notwendigen Qualifikationspotenziale über deutliche bildungsstrukturelle Vorteile.





Das formale Bildungsniveau Hessens liegt auch im internationalen Vergleich hoch. Eine Gegenüberstellung der Bildungsabschlüsse der 25- bis 64-jährigen Erwerbspersonen der OECD-Staaten zeigt, dass Deutschland und damit auch das bildungsstrukturell nochmals vorteilhaftere Hessen mit vergleichsweise hohen Bildungsabschlüssen aufwarten kann. Mit 63 % der Erwerbspersonen der Sekundarstufe II liegt Deutschland nach Österreich (67 %) an der Spitze⁷⁾. Besonders groß ist der Abstand auf dieser Bildungsstufe vor allem zu Ländern wie Italien (43 %) und Frankreich (44 %). Auch die höchste Stufe, die Tertiärstufe, ist in Deutschland

7) Der Primärbereich umfasst Schulen, die eine allgemeine Grundausbildung von mindestens vier, im Durchschnitt aber von etwa sechs Jahren Dauer vermitteln. Diese Grundausbildung unterliegt der allgemeinen Schulpflicht und beginnt normalerweise im Alter von sechs Jahren. Der Sekundärbereich umfasst im Allgemeinen zwei Bildungsabschnitte (Sekundärbereich I und Sekundärbereich II) von unterschiedlicher Länge und gliedert sich in allgemeinen und berufsbildenden Unterricht. Der Tertiärbereich umfasst die Ausbildungsgänge nach Erfüllung der Schulpflicht, die an den jeweils letzten Abschluss einer Ausbildung im Sekundärbereich anschließen. Sie beginnen im Allgemeinen im Alter zwischen 18 und 19 Jahren. Diesem Bereich ist auch die Ausbildung an Fachschulen und ähnlichen Einrichtungen zuzuordnen.

8) PISA (Programme for International Student Assessment) ist der umfassendste und weit reichendste Leistungsvergleich der Bildungsgeschichte. Es wurden Lesekompetenz, mathematische Grundbildung, naturwissenschaftliche Grundbildung als wesentliche Bereiche der schulischen Arbeit bei 15-jährigen Schülerinnen und Schülern untersucht.

9) In Hamburg und Berlin werden die nötigen Rücklaufquoten für Testbögen nicht erreicht, sodass es zu weiteren zeitlichen Verzögerungen kommen könnte.

10) Vgl. HWWA Hamburg (Hg.): Wie sollte das deutsche Bildungssystem reformiert werden?, in: Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, S. 7 ff.

11) Vgl. Statistischer Bericht „Voraussichtliche Entwicklung der hessischen Bevölkerung bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung auf Basis 1.1.1998“.

12) Variante 2 geht von einer jährlichen Steigerung der Zuwanderung um 1100 Personen bis zum Jahr 2008 aus. Das dann erreichte Niveau von 11 000 Personen bleibt bis zum Ende des Prognosezeitraums erhalten.

13) Variante 1 nimmt an, dass der Wanderungsgewinn Hessens 2200 Personen im Jahr 2000 beträgt und jährlich stufenweise um jeweils 1100 ansteigt. Das im Jahr 2003 erreichte Niveau von 5500 Personen wird dann für die folgenden Jahre bis zum Ende des Prognosezeitraums konstant gehalten.

mit einem Anteil von 25 % vergleichsweise stark repräsentiert. Höher liegen die Anteile im tertiären Bildungsbereich jedoch jenseits des Atlantiks (USA: 38 %, Japan: 31 %).

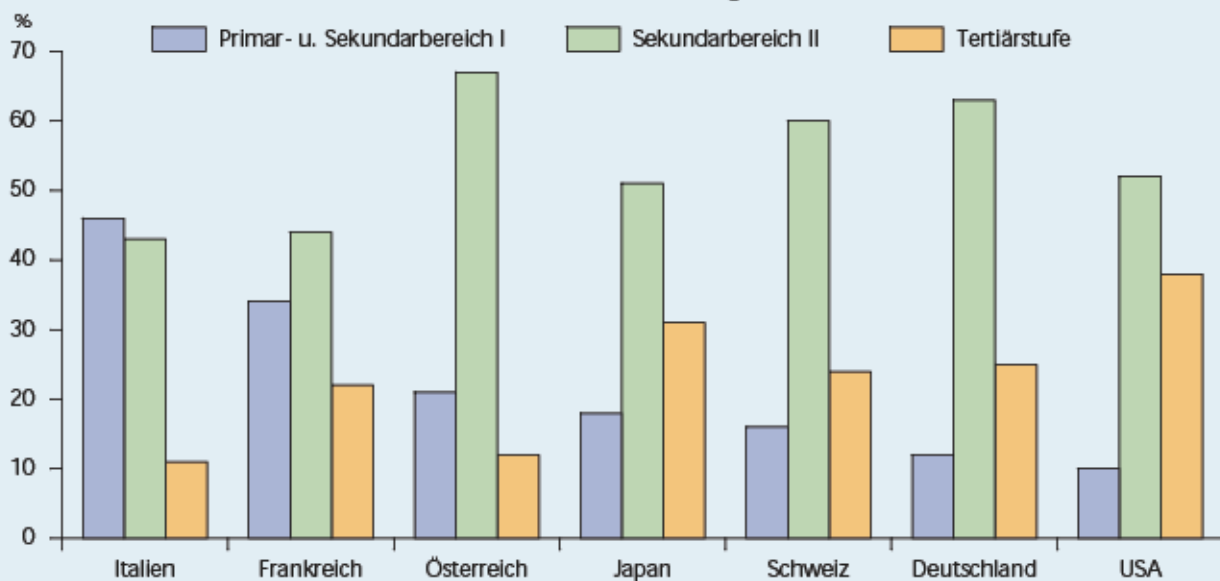
Dass die formalen Bildungsabschlüsse allerdings nur bedingt mit einer entsprechenden Bildungsqualität korrelieren, wurde in der jüngst veröffentlichten OECD-Studie „PISA“ herausgestellt⁸⁾. Aus ihr geht hervor, dass das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich nur mittelmäßige Leistungen hervorbringt. Zwar beziehen sich die Anfang Dezember 2001 veröffentlichten Ergebnisse nur auf Deutschland insgesamt (abschließende Aussagen zu einzelnen Ländern werden erst nach dem Vorliegen von PISA-E im November 2002 möglich sein)⁹⁾. Aber die Unterschiede, die zwischen den einzelnen Bundesländern auftreten werden, können nach aktuellem Erkenntnisstand nur nachrangig sein gegenüber dem Unterschied zwischen Deutschland insgesamt und Ländern aus dem gleichen Kulturkreis¹⁰⁾. Auch hessischen Schülern wird damit vor allem für die mathematische und naturwissenschaftliche Bildung nur ein knapp durchschnittlicher Leistungsstand bescheinigt, wobei für den Bereich der Basisqualifikation Lesekompetenz sogar noch schlechtere Werte festgestellt wurden.

Demografischer Wandel

Unabhängig von der Beurteilung der Aussagekraft der formalen Verschiebung des Bildungsniveaus in Richtung höherer Qualifikationen wird diese Entwicklung in Hessen in den nächsten Jahren nicht ausreichen, um das generelle Problem der Verfügbarkeit von entsprechend qualifizierten Beschäftigten zu kompensieren. So wird die hessische Bevölkerung — je nach zu Grunde gelegtem Szenario — bis 2050 einen deutlichen *Bevölkerungsrückgang* hinnehmen müssen¹¹⁾. Selbst nach der optimistischeren Variante 2, nach der neben dem Wanderungsaustausch Hessens mit den anderen Bundesländern eine hohe Zuwanderung von Ausländern unterstellt wird, dürfte die Zahl der Menschen um ca. 1,3 Mill. Einwohner schrumpfen¹²⁾. Unterstellt man dagegen die pessimistischere Variante 1, die einen geringeren Wanderungszuwachs vorsieht, sind bis zum Ende des Prognosezeitraums in Hessen sogar 1,5 Mill. weniger Einwohner zu erwarten¹³⁾.

Diese demografische Entwicklung wird mit einer *altersstrukturellen* Verschiebung hin zu älteren Menschen einhergehen. So wird insbesondere die Gruppe der unter 20-Jährigen in Hessen von 1,2 Mill. im Jahr 2000 auf 0,7 Mill. im Jahr 2050 (– 41 %) schrumpfen. Im gleichen Zeitraum verringert sich die Zahl der 20- bis unter 60-Jährigen, also die Zahl der Personen, aus der sich fast ausschließlich die Erwerbstätigen rekrutieren, von 3,4 auf 2,3 Mill. (– 33 %). Dieser seit Anfang der Neunzigerjahre einsetzende Trend wird sich beginnend etwa mit dem Jahr 2020 dramatisch verstärken. Darüber hinaus wird es zu strukturellen Veränderungen innerhalb dieser Gruppe kommen. Gegenwärtig halten sich der jüngere Teil

6. Bildungsabschlüsse der 25- bis 64-jährigen Erwerbspersonen 1999 im internationalen Vergleich



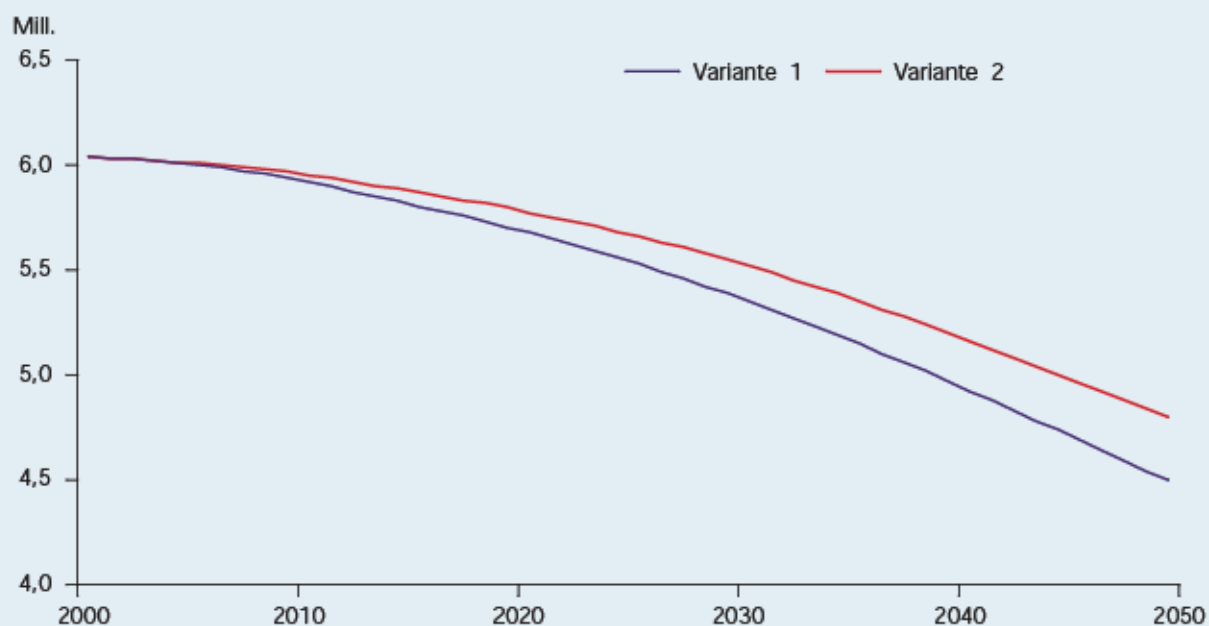
HSL 39/02

Quelle: OECD 2000, Berechnungen des HSL.

(20- bis 39-Jährige) und der ältere Teil (40- bis 59-Jährige) in etwa die Waage. Um das Jahr 2010 stehen dann aber 1,3 Mill. Jüngere 1,9 Mill. Älteren gegenüber, mit dem Effekt, dass die innovativen, technologiespezifischen Anforderungen dann überwiegend von älteren Erwerbstätigen bewältigt werden müssen. Deutlich ansteigen wird im Prognosezeitraum dagegen vor allem die Zahl der Personen, die 60 Jahre und älter sind, und zwar von 1,4 auf 1,8 Mill. (+ 26 %).

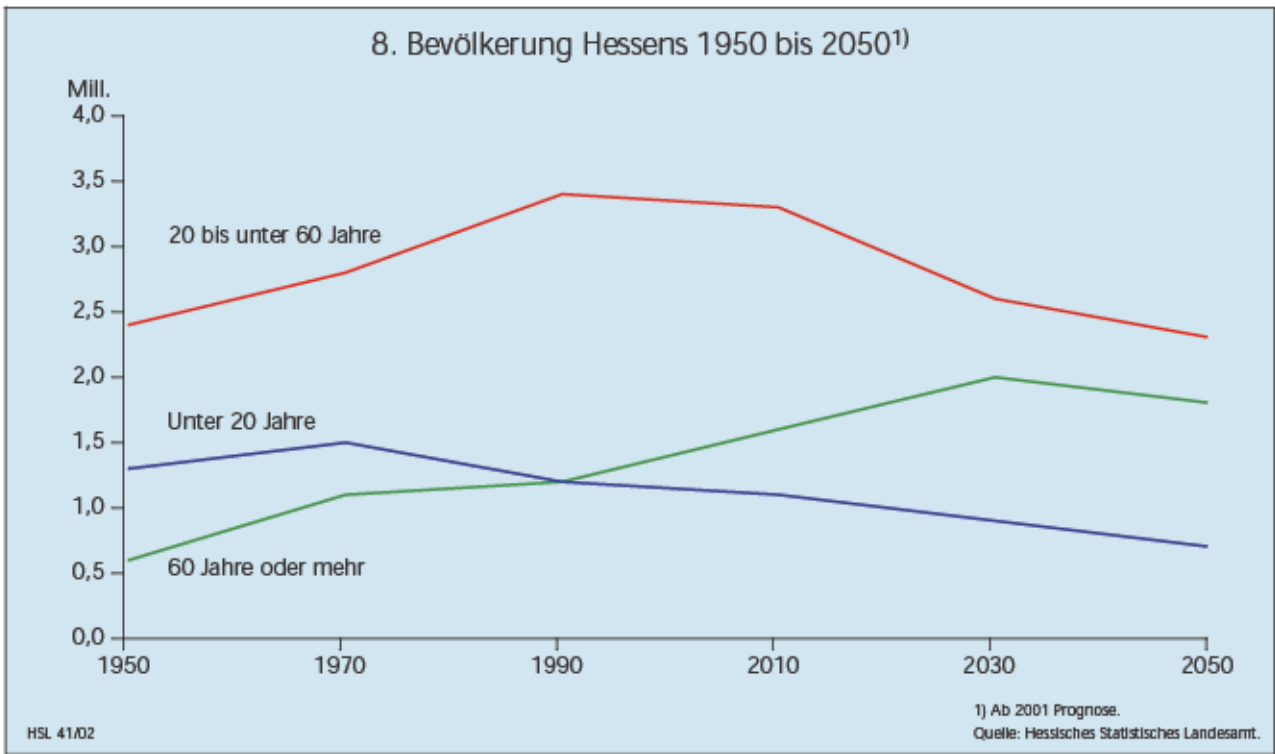
Diese Entwicklung wird nicht allein zu erheblichen Konsequenzen für die Struktur der sozialen Sicherungssysteme, sondern auch der hessischen Bildungseinrichtungen führen. Besonders belastend dürfte sich auswirken, dass — parallel zum steigenden Bedarf an hoch Qualifizierten — beginnend ab dem Jahr 2008 die Zahl der Personen, die an formaler Bildung teilnehmen, deutlich zurückgeht. Ebenfalls wird der enorme Bevölkerungsrückgang dazu führen, dass sich die

7. Prognose der Bevölkerung Hessens 2000 bis 2050



HSL 40/02

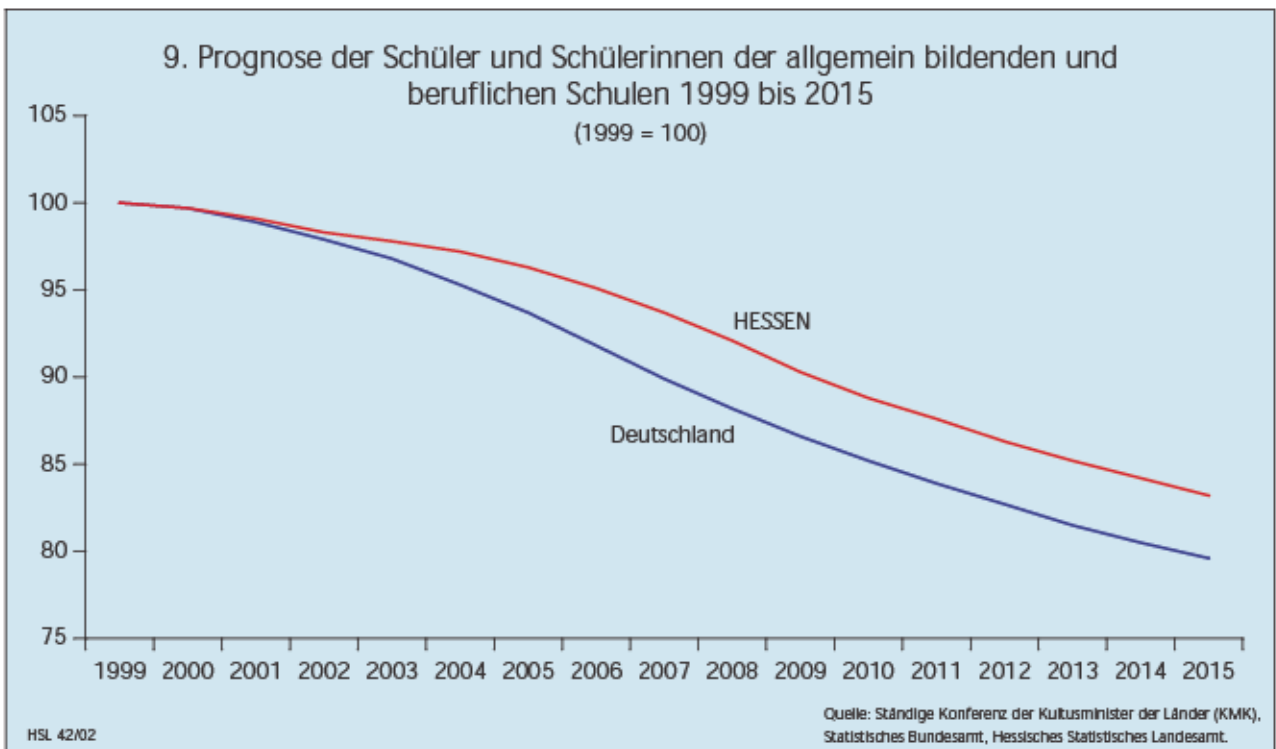
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt.



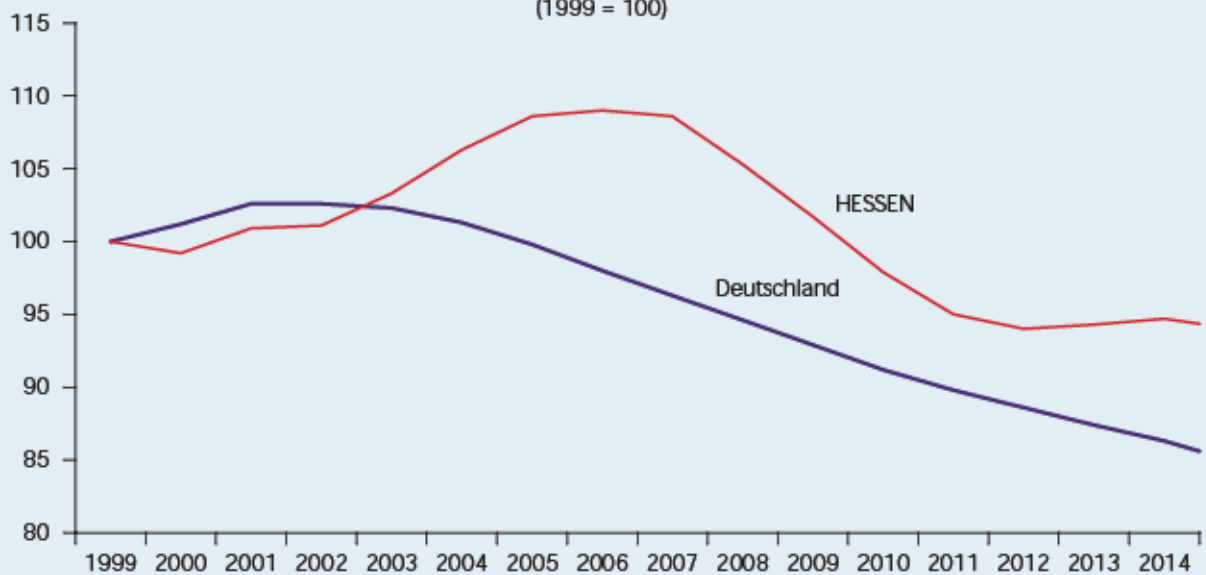
Zahl der etwa 702 000 hessischen Schüler von 1999 bis zum Jahr 2015 um 21 % auf ca. 557 000 verringern wird. Während die Schülerzahl in Hessen vor diesem Hintergrund in den nächsten Jahren noch annähernd konstant bleiben wird, kommt es im Bund bereits heute zu deutlichen Rückgängen. Ab etwa 2005 werden die geringer besetzten Kohorten, also

die Kinder der geburtenschwachen Jahrgänge der Siebzigerjahre auch in Hessen eine abwärtsgerichtete Entwicklung einleiten.

Die einzelnen Bildungsbereiche werden dabei von der *Reduzierung der Schülerzahlen* in vergleichsweise unterschiedli-



10. Prognose der Schüler und Schülerinnen des Sekundarbereichs II¹⁾ 1999 bis 2015
(1999 = 100)



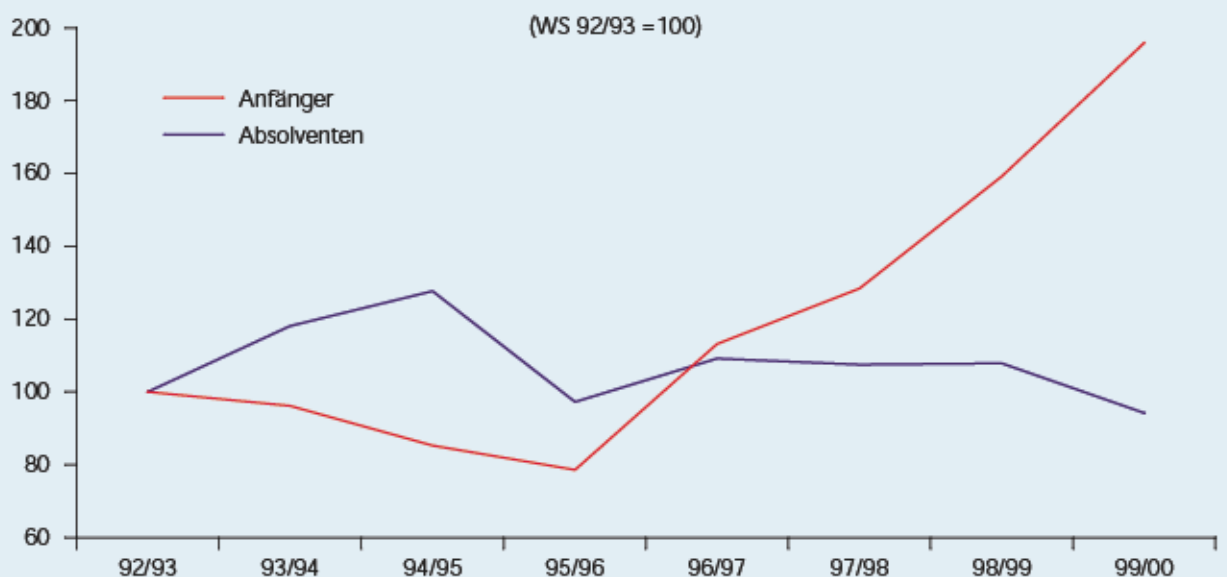
HSL 43/02

1) Gymnasien.
Quelle: KMK, Statistisches Bundesamt, Hessisches Statistisches Landesamt.

chem Umfang betroffen. Am stärksten von der Abnahme tangiert sein wird sowohl in Hessen als auch Deutschland der Primarbereich mit einem Minus von 23,2 bzw. 22,5 %, gefolgt vom Sekundarbereich I mit einem Minus von 19,6 % (Deutschland: - 19,7 %). Relativ vorteilhaft wird sich dagegen der Sekundarbereich II in Hessen im Vergleich zu Deutschland entwickeln. Während im genannten Zeitraum die Zahl der Schüler an Gymnasien in Deutschland um 15,1 % zurückgeht, fällt der Rückgang in Hessen mit 6 % vergleichsweise

verhalten aus. Die Entwicklungsmuster gestalten sich auch hier unterschiedlich. So wird die Entwicklung im Gegensatz zur kontinuierlichen Abwärtsentwicklung in Deutschland in Hessen bis zum Jahr 2015 wellenförmig verlaufen. Bis zum Jahr 2006 ist dann bei dieser Schülergruppe (bezogen auf das Basisjahr 1999) nur noch von einer geringen Zunahme um 60 000 Schüler (Hessen: + 9 %, Deutschland - 2 %) auszugehen. Im weiteren Verlauf der Jahre bis 2015 nimmt die Zahl der Schüler dann aber auch in diesem wichtigen Segment er-

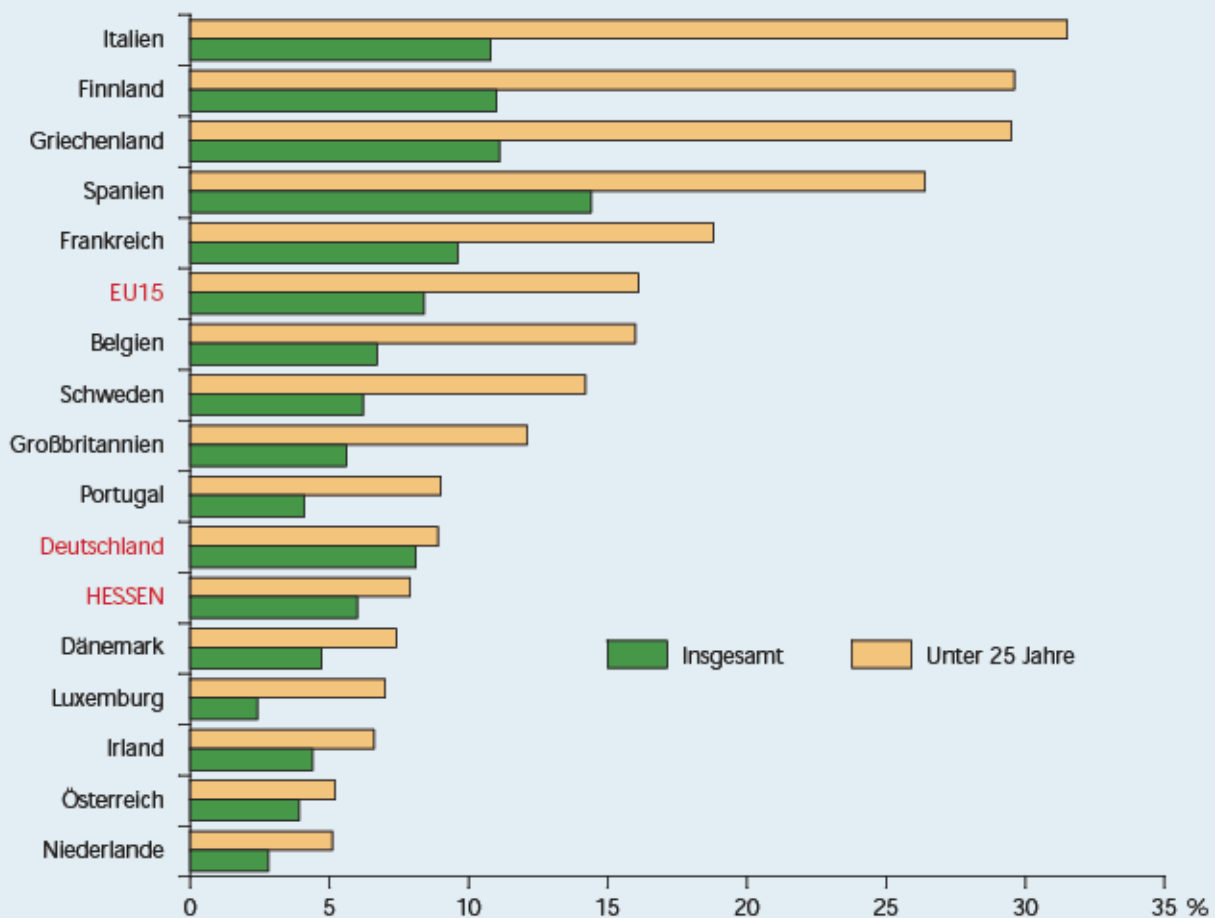
11. Studienanfänger und Absolventen an hessischen Hochschulen im Studienbereich Informatik im WS 92/93 bis WS 99/2000
(WS 92/93 = 100)



HSL 44/02

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt.

12. Jugendarbeitslosigkeit 2000 im internationalen Vergleich



HSL 45/02

Quelle: EUROSTAT, Hessisches Statistisches Landesamt.

heblich ab, und zwar im Zeitraum 2006 bis 2010 um 10 % (Deutschland: – 6,9 %) und im Zeitraum 2010 bis 2015 um weitere 4 % (Deutschland: – 6,9 %).

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der relative Anstieg der Zahl der höher Qualifizierten nicht ausreicht, um den absoluten Rückgang der Schüler aus dem Sekundarbereich II zu kompensieren. Noch problematischer ist dies mit Blick auf die Situation bei den Hochschülern einzuschätzen. Auch hier werden die Effekte des Bevölkerungsrückgangs durch eine abnehmende Bildungsbereitschaft verschärft. So wurde der Höchststand des Wintersemesters 1992/93 trotz der in Hessen durch den kurzfristigen Anstieg der Schülerzahlen in den Gymnasien bedingten Zunahme der Studierendenzahlen im Wintersemester 2000/01 um fast 11 000 oder 7 % unterschritten. Diese rückläufigen Studierendenzahlen ernüchtern umso mehr, da sie einer tendenziell steigenden Nachfrage nach qualifizierten Akademikern technischer Fachrichtungen gegenüberstehen. Vor allem ist auch weiter-

hin von einem hohen und weiter steigenden *IT-Fachkräftebedarf* auszugehen¹⁴⁾, dem bis heute eine Stagnation der Absolventen des IT-relevanten Studiengangs Informatik auf niedrigem Niveau gegenübersteht. So waren im Wintersemester 1999/2000 an den hessischen Hochschulen im Studienbereich Informatik 8500 Studenten, darunter 2450 Erstsemester, eingeschrieben, was für diesen Studienbereich einen Einschreiberekord bedeutete. Doch wirkte sich der seit Mitte der Neunzigerjahre zu beobachtende positive Trend bei den Studienanfängern bis heute nicht auf die Zahl der Absolventen aus. Im Gegenteil führte die Fachstudienlänge, vor allem aber die anhaltend hohe Zahl der Abbrecher und Umsattler sogar zu einer Verminderung des Outputs. Daneben dürfte auch das gezielte Abwerben von Informatikern durch IT-Unternehmen noch während des Studiums hierzu beitragen. Bedauerlicherweise hält dieser Trend an, sodass auch für die nächsten Jahre von einer hinter der Nachfrage zurückbleibenden Zahl der Absolventen auszugehen ist.

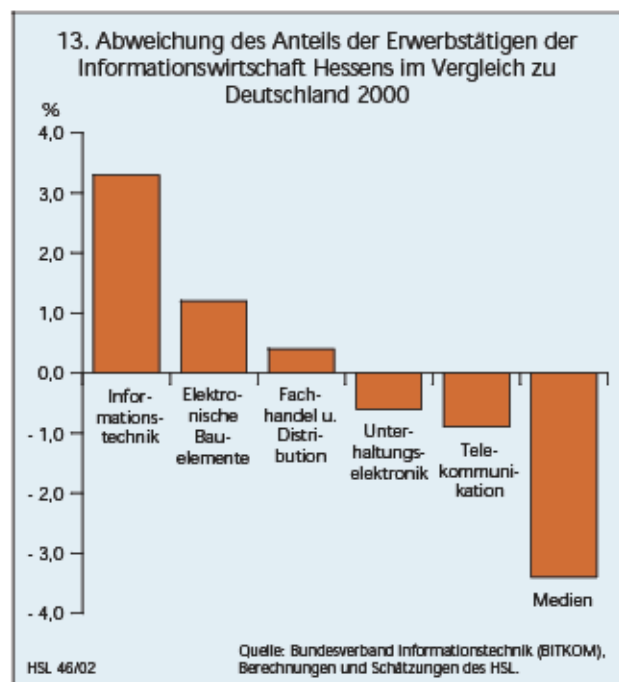
Dieses ist umso bedeutender, da eine deutliche Steigerung der Absolventen dieser Studienbereiche unverzichtbar ist, um innovative Leistungen zu erbringen. Inwiefern eine etwaige

14) Vgl. z. B. Untersuchung des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) 2000. In der Studie wurden 10 000 Betriebe im Rhein-Main-Gebiet schriftlich befragt. Oder: UNI-Magazin 7/2000, S. 42 ff.

mangelnde Studierfähigkeit der Studenten eine Rolle spielt, ist nicht quantifizierbar. Zudem dürfte sich der Mangel an fachlich hoch Qualifizierten, der sich deutschlandweit in der Phase der Hochkonjunktur im Jahr 2000 vor allem in den besonders dynamischen Branchen wie der IuK-Sparte bemerkbar gemacht hat, auf Hessen bezogen nicht als vorübergehendes, rein konjunkturell bedingtes Phänomen erweisen. Insbesondere in Südhessen (Frankfurt am Main und Darmstadt) zeigt sich nämlich, dass es sich auch um strukturelle Effekte handelt, die ebenso in anderen Hightech-Sparten der Volkswirtschaft virulent werden können. So bleiben infolge des niedrigen Outputs allein im Rhein-Main-Gebiet schätzungsweise über 15 000 Stellen für IT-Fachkräfte unbesetzt.

Außerdem ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren die Nachfrage nach besonders anspruchsvollen Ausbildungsberufen ebenfalls steigen wird. Da der Anteil der an diesen Bildungsbereichen Beteiligten sich kaum erhöhen dürfte, kommt es auch hier infolge der ungünstigen demografischen Entwicklung zu einer weiteren Verschlechterung der Situation. Jedoch gelang es im Ausbildungsbereich — anders als im Schul- und Hochschulbereich —, eine relativ flexible Anpassung der Ausbildungsberufe an gewandelte Anforderungen der Nachfrageseite umzusetzen. Paradigmatische Bedeutung für den neuen Typus haben die im Jahr 1997 in Kraft getretenen IT-Ausbildungsberufe. Die Berufe verbinden fest definierte Kernqualifikationen (d. h. betriebswirtschaftliche, datenverarbeitungstechnische und elektrotechnische Qualifikationen) mit nach fachbereichs- oder betriebsspezifischen Bedingungen gestalteten Fachqualifikationen.

Als Indikator für das vergleichsweise gut auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes abgestimmte *duale Berufsausbildungssystem* gilt die geringe Jugendarbeitslosigkeit. Sie liegt im OECD-Vergleich für Deutschland und Hessen auf einem niedrigen Niveau. Als besonders groß werden die Beschäftigungschancen in der zukunftssträchtigen hessischen Informationsgesellschaft vor allem in der *Informationstechnik* erachtet. Hier liegt der Anteil der hessischen Erwerbstätigen bereits heute um 3,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Relativ vorteilhaft hat sich in Hessen aber auch der Bereich der *elektronischen Bauelemente* entwickelt (1,2 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt). Dagegen sind die Beschäftigungschancen in der hessischen *Medienwirtschaft* nur unterdurchschnittlich einzuschätzen. Trotz einer Vielzahl von Unternehmenssitzen — insbesondere im Rhein-Main-Gebiet — liegt in Hessen eine ausgesprochene Wertschöpfungsschwäche der Medienwirtschaft vor, die mit einer vergleichsweise geringen Beschäftigung korrespondiert. So liegt der Anteil der Erwerbstätigen in der hessischen Medienwirtschaft heute mit 3,4 Prozentpunkten deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

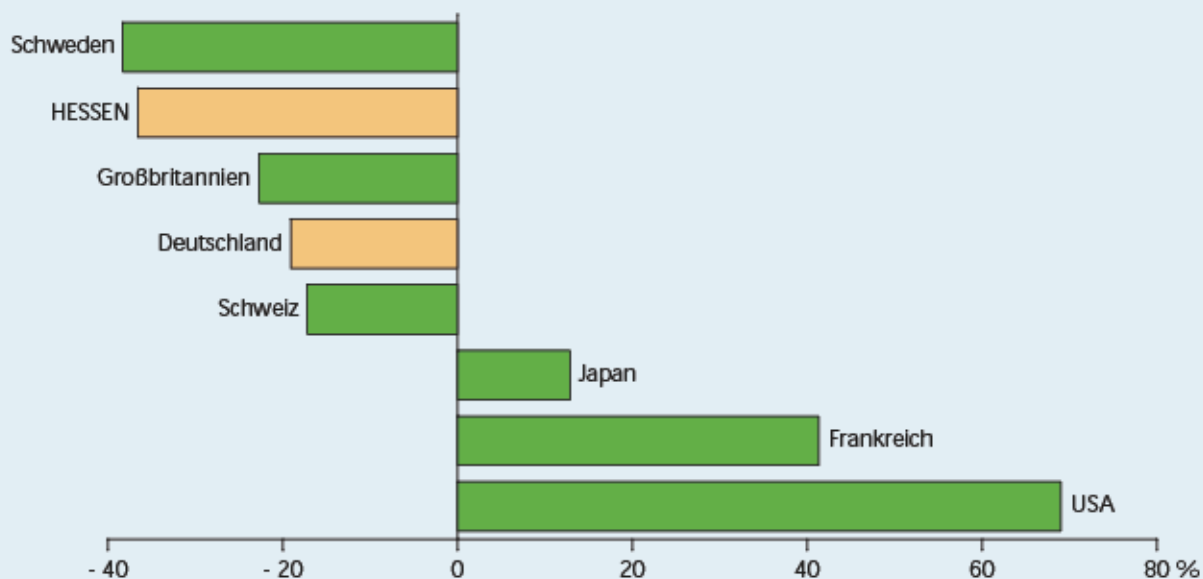


Bildungsinvestitionen steigern Wettbewerbsfähigkeit

Die Arbeitsmarkterfordernisse der nächsten Jahre setzen erhebliche *Bildungsinvestitionen* voraus. Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung verstehen sich dabei als ein wesentliches Element der Bildungspolitik. Welchen Teil seiner Ressourcen ein Land für die Ausbildung verwendet, also die Höhe von Ausgaben für Bildung als Investition in das Humankapital, wird mehr und mehr zur zentralen Weichenstellung, von der Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit abhängen. Gemessen an den gezielten großen demografischen und arbeitsmarktspezifischen Herausforderungen erscheint es aber ungewiss, ob die Anstrengungen in Deutschland und Hessen ausreichen, um die anstehenden Probleme zu bewältigen. Im Vergleich zu anderen EU-Staaten liegen die Investitionen in das Humankapital — also die Ausgaben für Bildung insgesamt — in Deutschland mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 4,7 % unter dem Durchschnitt. Im Jahr 1999 widmeten die EU15-Länder durchschnittlich 5,0 % ihres BIP der Ausbildung. Weit übertroffen wurde Deutschland von Ländern wie Dänemark (8,0 %), Schweden (7,7 %), Norwegen (7,4 %) und Österreich (6,3 %). (Siehe auch Schaubild auf Seite 169.)

Unter dem Eindruck zunehmend komplexer Arbeitsformen, einer stark steigenden Informationsvielfalt und der Entwicklung neuer Techniken werden insbesondere die hessischen Hochschulen vor grundlegend neue Herausforderungen gestellt. Sie sollen flexibler, leistungs- und marktorientierter agieren, um adäquat auf Verschiebungen bei der Nachfrage von Hochschulqualifikationen zu reagieren. Oftmals bremsen aber gerade die finanzielle Ausstattung die Möglichkeit, international eine Spitzenposition einzunehmen. So liegt der Aufwand bei der Finanzierung des wissenschaftlich ausge-

14. Abweichung der Ausgaben pro Student¹⁾ vom OECD-Durchschnittswert 1998



HSL 48/02

1) Berechnungen kaufkraftbereinigt; gewichteter Mittelwert aller OECD Staaten.

Quelle: OECD, Hessisches Statistisches Landesamt.

bildeten Nachwuchses in Deutschland und Hessen nur im Mittelfeld. Bezogen auf die Ausgaben pro Student lag Hessen im Jahr 1998 im Vergleich mit den anderen OECD-Staaten deutlich unter dem Durchschnitt.

Um eine optimale und individuelle Betreuung von Studierenden sicherzustellen, müssen insbesondere Fächer mit steigender Nachfrage wie z. B. die Informatik nachfragegerecht mit Mitteln ausgestattet werden. Vor allem gilt es, die Betreuung von Studienanfängern zu verbessern, um das Problem der Studienabbrecher zu entschärfen. So ist eine Abbrecherquote von über 50 % nicht hinnehmbar und u. a. ein deutlicher Indikator für Mängel in der Organisation des Studiums. Dies gilt umso mehr, da auf dem Gebiet der Zukunftstechnologien ein zunehmend internationalisierter Wettbewerb stattfindet, der zur Abwanderung von besonders begabten Studierenden in Länder mit optimaleren Studien- und Arbeitsmarktbedingungen führt.

Bildungspolitische Schlussfolgerungen

Die demografischen und bildungsstrukturellen Verschiebungen der hessischen Bevölkerung, wie sie in den vorangegangenen Abschnitten vorgestellt wurden, belegen die erheblichen zukünftigen Belastungen der Jüngeren. Aus ökonomischer Sicht lassen sich diese umso eher tragen, je höher das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen ist. Um das Wettbewerbsniveau der hessischen Wirtschaft zu halten, sind daher wissensbasierte Produktivitätserhöhungen erforderlich, die wiederum eine Zunahme des qualifizierten Humankapitals voraussetzen. In der nationalen und internationalen Bestandsaufnahme erweist sich der durchschnittlich vermittel-

te Bildungsstandard in Hessen als gut. Allerdings zeigt sich, dass unter den Bedingungen einer sinkenden Zahl der im formalen Bildungsprozess stehenden Bevölkerungsgruppen Hessens tief greifende Anstrengungen erfolgen müssen, um die führende Rolle im Bereich der Forschungs- und Technologieentwicklung zu halten und auszubauen. Vor allem in unterentwickelten Zukunftsbereichen, wie z. B. der Medienwirtschaft, gilt es den Anschluss an die Entwicklung in Deutschland nicht zu verpassen. Soll sich Hessen im Hinblick auf seine spezifische Wirtschaftsstruktur auch weiterhin in Richtung wissens- und technologiebasierter Wirtschaftszweige entwickeln, ist eine noch stärkere Outputorientierung im Bereich hochwertiger Bildungsabschlüsse unumgänglich.

Für das Bildungssystem leitet sich daraus die Forderung nach Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an qualifizierten Arbeitskräften ab. Neue Erwerbsformen und vom klassischen Berufsbild abweichende Karrieren erfordern die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen, daneben Sozialkompetenz sowie neue Techniken der Wissensvermittlung. Das Bildungssystem muss schließlich gewährleisten, dass diese Fähigkeiten durch breite Teile der Bevölkerung umgesetzt werden können. Eng auf gegenwärtige Bedarfssituationen zugeschnittene Ausbildungsgänge erweisen sich wegen der langfristigen Umsetzung und der geringen Halbwertszeit dieses spezifischen Bedarfs als suboptimal. Vor allem wird es darauf ankommen, neben dem Erlernen grundlegender Kommunikationstechniken sowie von Basiswissen in Schlüsselfeldern (Mathematik, Biologie, Chemie, Physik, Wirtschaft) die Vermittlung von praxis- und problemlösungsorientiertem Wissen herzustellen. Auch müssen neue Formen gesucht wer-

den, der Komplexität des Wissens und den steigenden Anforderungen an das Kompetenzprofil der Menschen zu begegnen. Dieses impliziert, dass neben der primären und sekundären Ausbildung auch weitere, lebenslange Weiterbildungsprozesse strukturiert und umgesetzt werden müssen. Kurze Innovationszyklen in den wachstumsintensiven Industrien, das Eindringen neuer Technologien in nahezu alle Tätigkeitsfelder zeigen hierbei, dass eine permanente Bildungserneuerung notwendig wird. Insbesondere im Hochschulbereich geht es darum, Spielräume zur Erweiterung und Verbesserung des Angebots bei möglichst geringen Kosten auszunutzen. Hochschulen und neue Anbieter werden sich aus der Leistungsorientierung heraus vermehrt auf bestimmte Inhalte fokussieren, während sie gleichzeitig of-

fen für neue Lehr- und Lernmethoden sein müssen. Vor allem aber werden sich die Anforderungen an die akademische Erstausbildung ändern. So sollte die Universität in erster Linie eine Grundlagenausbildung sicherstellen. Neben der Unterstützung der Präsenzlehre müssen zudem neue Formen der Wissensvermittlung entstehen, die bis hin zu netzgestützten Kursen und Seminaren reichen. Zur zügigen Umsetzung könnte die Hochschulausbildung in Hessen dabei in weitaus stärkerem Maße als bisher auch aus privaten Mitteln finanziert werden. So finanzieren die außereuropäischen Industrieländer ihren Hochschulbereich zu mehr als 40 % auf diesem Weg, wohingegen der entsprechende Anteil in Hessen bei unter 10 % liegt¹⁵⁾. Dass eine stärkere private Finanzierung auch in Hessen möglich ist, zeigt das duale Ausbildungssystem, bei dem die Privatwirtschaft einen beträchtlichen Anteil der Kosten der Lehrlingsausbildung trägt. □

15) Berechnung, Schätzung HSL.

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern*, für den *Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, Preis für Einzelheft 6,00 Euro, Jahresabonnement (2 Hefte) 10,20 Euro (zzgl. Versandkosten).

Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe II/97)

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher. Preis: 6,00 Euro bei Einzellieferung; Jahresabonnement (2 Disketten) 10,20 Euro (zzgl. Versandkosten).

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

W-109

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 2001

Erstmals nach fünf Jahren mit rückläufigen Bruttoausgaben für Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber in Hessen war im Jahr 2001 wieder ein Anstieg zu verzeichnen: Die Aufwendungen für beide Teilbereiche zusammen lagen mit umgerechnet gut 2,3 Mrd. Euro um 62 Mill. Euro oder fast 3 % höher als im Vorjahr. Im Vergleich zu 2000 stand erneutes Minderausgaben bei den Asylbewerberleistungen in Höhe von 34 Mill. Euro ein Mehraufwand bei der Sozialhilfe von 96 Mill. Euro gegenüber. Dabei waren im Bereich der Sozialhilfe durchgängig für sämtliche Hilfearten — mit nur einer einzigen, marginalen Ausnahme — Kostensteigerungen unterschiedlichen Umfangs festzustellen. Hervorzuheben ist vor allem ein weiterer starker Anstieg der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen um 61 Mill. Euro, nach 44 Mill. Euro im Jahr 2000. Sie hat damit eine Summe von 767 Mill. Euro und einen Anteil von fast 36 % der gesamten Sozialhilfeausgaben erreicht. Da demgegenüber die Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) nur um reichlich 14 Mill. auf 908 Mill. Euro gestiegen sind, ist bei Fortsetzung dieser Entwicklung abzusehen, dass die Eingliederungshilfe bis etwa 2005 die HLU als bisher größten Einzelposten in der Sozialhilfe (mit einem Anteil von zuletzt 42 %) ablösen könnte. Erst mit weitem Abstand folgen bei leichten Zuwächsen, aber mit unveränderten Anteilwerten von 15 bzw. knapp 6 %, die Hilfe zur Pflege und die Krankenhilfe. Weil die Einnahmen der Sozialhilfeträger, meist durch Leistungen anderer Träger, nicht in gleichem Maße gestiegen sind wie die Bruttoausgaben, haben sich die Nettoausgaben für die Sozialhilfe insgesamt um exakt 5 % auf annähernd 1,9 Mill. Euro erhöht. Bei den Leistungen für Asylbewerber war sowohl brutto als auch netto ein Ausgaben-Rückgang um über 15 % zu verzeichnen, also noch etwas stärker als im Vorjahr. Damit lag der Nettoaufwand für die Asylbewerber in Hessen nur noch bei knapp 175 Mill. Euro. Infolge einer Änderung der rechtlichen Voraussetzungen gab es eine kräftige Verschiebung zwischen den einzelnen Kostenbereichen.

Erstmals seit 1995 wieder Anstieg der Gesamtausgaben

In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts waren in Hessen die zusammengefassten Bruttoausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber, bei teilweise gegenläufigen Entwicklungen innerhalb der beiden Leistungsbereiche, ständig gesunken. Selbst in den beiden Jahren, in denen der Sozialhilfeaufwand gegenüber dem jeweiligen Vorjahr gestiegen war (1998 und 2000), hatte jeweils ein kräftiger Rückgang bei den Asylbewerberleistungen zu einer Gesamtabnahme geführt, wenn auch zuletzt nur minimal. Immerhin hatte sich der Bruttoaufwand für die Leistungen an Empfänger beider Teilbereiche zusammen gegenüber dem Höchststand im Jahr 1995 um umgerechnet fast 342 Mill. Euro im Jahr 2000 vermindert¹⁾. Von diesem Rückgang entfielen 185 Mill. Euro auf Zahlungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und 157 Mill. Euro auf solche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Das entsprach, über den Zeitraum der genannten fünf Jahre betrachtet, Abnahmeraten in Höhe von 8 bzw. 42 %. Die Minderausgaben waren bei der Sozialhilfe hauptsächlich auf die damals neue Pflegeversicherung, bei den Asylbewerberleistungen auf einen geringeren Zustrom bzw. die Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen aus den Balkanländern in ihre Heimat zurückzuführen. Im Asylbereich hat die nochmalige Abnahme um fast 34 Mill. Euro dazu geführt, dass sich die Ausgaben seit dem gesonderten Nach-

weis im Jahr 1994 von knapp 430 auf 185 Mill. Euro bis 2001 mehr als halbiert haben.

Während die Asylbewerberleistungen seit damals alljährlich gesunken sind, darunter viermal sogar im zweistelligen Prozentbereich, war bei den Sozialhilfeausgaben im engeren Sinne ein Auf und Ab zu verzeichnen: Zunächst hatte es hier im Jahr 1995 einen Anstieg um über 113 Mill. Euro oder gut 5 % auf mehr als 2,2 Mrd. Euro gegeben. Danach waren die Ausgaben von diesem Höchstbetrag aus bis 1997 um fast 200 Mill. Euro gesunken und hatten im Jahr 1998 wieder leicht zugelegt. Einem erneuten Rückgang im folgenden Jahr standen Mehrausgaben in den Jahren 2000 und 2001

Entwicklung der Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerberleistungen in Hessen von 1994 bis 2001

Jahr	Bruttoausgaben insgesamt Mill. Euro	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr %	Von den Bruttoausgaben entfielen auf	
			Sozialhilfe gemäß BSHG Mill. Euro	Leistungen gemäß AsylbLG Mill. Euro
1994	2 555,4	6,0	2 126,0	429,4
1995	2 614,8	2,3	2 239,5	375,2
1996	2 524,5	-3,5	2 185,4	339,0
1997	2 354,0	-6,8	2 041,4	312,7
1998	2 327,9	-1,1	2 058,1	269,9
1999	2 275,0	-2,3	2 019,8	255,3
2000	2 273,1	-0,1	2 054,7	218,3
2001	2 335,2	2,7	2 150,5	184,7

¹⁾ Alle Beträge wurden von DM auf Euro umgerechnet, nachdem auch für 2001 in der Regel (mit lediglich zwei Ausnahmen) die Ausgaben von den Trägern noch in DM gemeldet worden sind.

von 35 bzw. 96 Mill. Euro gegenüber, sodass erstmals seit 1995 und 1996 die Ausgabenhöhe von 1994 wieder überschritten wurde. Ausschlaggebend dafür war hauptsächlich, dass — wie anschließend noch näher ausgeführt wird — die enormen Kostensteigerungen bei der *Eingliederungshilfe für behinderte Menschen* nicht mehr durch Einsparungen bei anderen Hilfearten kompensiert werden konnten. Dazu hatten in der Zeit davor insbesondere die *Hilfe zur Pflege* (eine weitere der Hilfen in besonderen Lebenslagen (HbL)), sowie die *Hilfe zum Lebensunterhalt* (HLU) durch rückläufige Ausgaben beigetragen.

Mehrausgaben bei sämtlichen Arten der Sozialhilfe, . . .

Hatte sich bei der zuletzt genannten Hilfeart, die als so genannte „klassische“ Sozialhilfe (früher „Fürsorge“) häufig als Maßstab für die Armutsgrenze gilt, in den beiden vorangegangenen Jahren eine etwas günstigere Perspektive geboten, so hat sich im Jahr 2001 hier in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage wieder eine Wende vollzogen. Zunächst hatte die in Hessen überdurchschnittlich positive Wirtschaftsentwicklung zu einer gesunkenen Arbeitslosenzahl²⁾ und damit zu einer Entspannung bei den Sozialhilfeausgaben beigetragen. So waren 1999 erstmals seit längerer Zeit die *HLU-Ausgaben* um 48 Mill. Euro oder 5 % zurückgegangen, wodurch sich damals auch der Gesamtaufwand der Sozialhilfe reduziert hatte. Im Jahr 2000 war ein weiterer Rückgang der HLU um 35 Mill. Euro oder knapp 4 % zu verzeichnen, der dann allerdings von Mehrausgaben im HbL-Bereich übertroffen wurde. Trotz der nach ersten vorläufigen Ergebnissen im Jahr 2001 nochmals etwas geringeren Zahl von HLU-Empfängern³⁾ sind die Ausgaben für sie nun wieder um reichlich 14 Mill. Euro oder knapp 2 % gestiegen. Im längerfristigen Vergleich zu 1994 bedeuten die zuletzt für HLU-Leistungen gezahlten 908 Mill. Euro sogar einen Zuwachs von 91 Mill. Euro oder 11 %. Die entsprechende Bilanz fällt bei den anderen Hilfearten ganz unterschiedlich aus: In den sieben Jahren seit der Trennung von BSHG- und AsylbLG-Statistik haben sich die Ausgaben bei der *Hilfe zur Pflege* von 660 Mill. auf unter 322 Mill. Euro gut halbiert, während sie bei der *Eingliederungshilfe für behinderte Menschen* um über zwei Drittel von 533 Mill. auf 767 Mill. Euro und bei der *Krankenhilfe* um die Hälfte von 81 Mill. auf mehr als 122 Mill. Euro gestiegen sind. Für „sonstige“ Hilfen in besonderen Lebenslagen wurden dagegen mit knapp 32 Mill. Euro gut 4 Mill. Euro oder 12 % weniger ausgegeben als 1994.

2) Im Dezember 1999 wurden in Hessen knapp 230 000 Arbeitslose gezählt, ein Jahr später noch gut 200 000 und 2001 wieder rund 7000 mehr; die Arbeitslosenquoten, die 1997 und 1998 teilweise über 10 % gelegen hatten, reduzierten sich damit auf 9,0 % Ende 1999 sowie 7,5 bzw. 7,6 % in den Folgejahren.

3) Über die Sozialhilfeempfänger in Hessen im Jahr 2001 wird in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift im Einzelnen berichtet; in diesem Zusammenhang sollen regionale Besonderheiten — auch der Ausgaben — berücksichtigt werden.

Bruttoausgaben der Sozialhilfe in Hessen 2001 nach Hilfearten

Hilfeart	Ausgaben für Hilfeleistungen an Berechtigte		Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾
	Mill. Euro		%
Hilfe zum Lebensunterhalt	907,9	42,2	1,6
darunter in Form von Hilfe zur Arbeit	96,4	4,5	0,7
Hilfe in besonderen Lebenslagen	1 242,6	57,8	7,0
davon			
Hilfe zur Pflege	321,5	15,0	3,5
davon			
ambulant	53,1	2,5	16,3
teilstationär	2,1	0,1	5,3
vollstationär	266,3	12,4	1,3
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	767,1	35,7	8,7
darunter			
ärztliche Behandlung, Körperersatzstücke ²⁾	20,1	0,9	19,5
heilpädagogische Maßnahmen für Kinder	72,4	3,4	16,0
Hilfe zu angemessener Schulbildung	68,5	3,2	22,1
Beschäftigung in Werkstatt für Behinderte	164,8	7,7	6,9
Suchtkrankenhilfe	37,0	1,7	3,7
sonstige Eingliederungshilfe	402,7	18,7	6,3
Krankenhilfe ³⁾	122,5	5,7	4,3
sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen	31,5	1,5	15,4
darunter			
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	1,6	0,1	25,2
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	26,0	1,2	18,3
Altenhilfe	1,0	0,0	-4,7
Insgesamt	2 150,5	100	4,7
davon			
außerhalb von Einrichtungen	1 122,3	52,2	4,5
in Einrichtungen	1 028,2	47,8	4,8

1) Gegenüber dem Vorjahr. — 2) Sowie Hilfsmittel. — 3) Einschl. Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation sowie Hilfe zur Familienplanung.

Wie für die HLU wurden 2001 im Jahresvergleich für alle diese Hilfearten des HbL-Bereichs Ausgabenzuwächse in unterschiedlicher Höhe gemeldet; das gilt — bei Steigerungsraten zwischen knapp 1 und gut 25 %, zum Teil jedoch bei recht geringen absoluten Beträgen — auch für sämtliche tieferen Untergliederungen. Die einzige Ausnahme davon war die Altenhilfe mit einer Abnahme um knapp 5 %, wobei aber der Differenzbetrag weit unter der in der Tabelle nachgewiesenen 100 000-Euro-Marke lag. Im Einzelnen waren die Kosten für die Hilfe zur Pflege um 11 Mill. Euro (der größte Teil davon für ambulante Hilfen), für die Krankenhilfe um 5 Mill. Euro und für die sonstigen Hilfen in besonderen Lebenslagen um 4 Mill. Euro höher als im Jahr 2000. Zusammen mit den Mehrkosten für die HLU war das aber nur ein gutes Drittel des gesamten Mehraufwands von knapp 96 Mill. Euro.

. . . aber besonders bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

So entfiel der größte Anteil der zusätzlichen Ausgaben im Jahr 2001 — bei einer Steigerungsrate von annähernd 9 % — mit einem Betrag von 61 Mill. Euro auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Überdurchschnittliche Steigerungsraten um jeweils rund ein Fünftel waren bei der Hilfe

zu einer angemessenen Schulbildung und bei der ärztlichen Behandlung (einschl. Körperersatzstücken sowie Hilfsmitteln) sowie um ein Sechstel bei heilpädagogischen Maßnahmen für Kinder zu verzeichnen. Absolut betrachtet fiel aber die „sonstige“ Eingliederungshilfe mit Mehrausgaben von 24 Mill. Euro am stärksten ins Gewicht, was darin begründet ist, dass dieser Sammelposition mit über 400 Mill. Euro weit mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zugeordnet war.

Schon in den Vorjahren hatte es bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen kräftige Mehrausgaben in Höhe von 44 bzw. 38 Mill. Euro gegeben. Damit wird diese Hilfeart zu einem immer bedeutenderen Kostenfaktor in der Sozialhilfe. Mit zuletzt 767 Mill. Euro entfielen auf sie allein fast 36 % der Gesamtkosten. Im Jahr 1994 hatte der entsprechende Anteil — bei allerdings anderen Grundvoraussetzungen vor dem Inkrafttreten der Pflegeversicherung — erst bei 27 %, im Jahr 1998 dann schon bei 30 % gelegen. Sollte sich die Gewichtsverschiebung der letzten drei Jahre weiter fortsetzen, so ist damit zu rechnen, dass bis zur Mitte des Jahrzehnts die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen die Hilfe zum Lebensunterhalt (mit einem Anteil von derzeit 42 %) als größten Einzelposten der Sozialhilfe ablösen wird. Da die Entwicklung der übrigen, ohnehin nicht so bedeutenden Hilfearten eher kontinuierlich verläuft, haben sie auf diesen Trend kaum Einfluss, wie auch Ihre gegenüber dem Vorjahr unveränderten Anteilwerte für das Jahr 2001 zeigen: Auf die Hilfe zur Pflege entfielen weiterhin 15 %, auf die Krankenhilfe knapp 6 % und auf die sonstigen Hilfen in besonderen Lebenslagen nur reichlich 1 %.

Kaum noch Zuwachs an Einnahmen

Da die Sozialhilfe eine subsidiäre Hilfeleistung ist, ist es selbstverständlich, ja geradezu eine Verpflichtung, dass die Sozialhilfeträger versuchen müssen, zumindest einen Teil der Ausgaben durch Einnahmen zu decken, wenn die bedürftigen Personen sonstige Einkommensquellen haben. In erster Linie kommen hier Leistungen von anderen Sozialleistungsträgern, wie z. B. der Rentenkassen, in Betracht. Einnahmen können aber auch aus Kostenbeiträgen, Aufwendungs- oder Kostenersatz, übergeleiteten Unterhaltsansprüchen gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete, sonstigen Ersatzleistungen sowie der Rückzahlung gewährter Hilfen erzielt werden, sofern die finanziellen Voraussetzungen von Hilfeempfängern dies zulassen. Sämtliche Einnahmen der genannten Art beliefen sich landesweit im Jahr 2001 auf nahezu 266 Mill. Euro; damit sind sie gegenüber dem Vorjahr nur noch um gut 6 Mill. Euro oder reichlich 2 % gestiegen, nachdem es zuvor einen kräftigen Zuwachs um 14 % gegeben hatte. Andererseits waren die Einnahmen in den beiden weiter zurückliegenden Jahren sogar um 9 bzw.

Einnahmen der Sozialhilfe in Hessen 2001 nach Einnahmearten

Einnahmeart	Einnahmen		Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾
	Mill. Euro	%	
Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz ²⁾	33,0	12,4	- 2,1
Übergeleitete Unterhaltsansprüche ³⁾	17,4	6,5	- 47,4
Leistungen von Sozialleistungsträgern	186,0	70,0	12,8
Sonstige Ersatzleistungen	18,5	7,0	9,0
Rückzahlung gewährter Hilfen	10,8	4,1	0,6
Insgesamt	265,7	100	2,4
davon			
außerhalb von Einrichtungen	97,6	36,7	2,8
in Einrichtungen	168,1	63,3	2,2

1) Gegenüber dem Vorjahr. — 2) Sowie Kostenersatz. — 3) Gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete.

14 % gesunken. Diese Veränderungsdaten sind freilich in der Bewertung nicht ganz unproblematisch, weil gerade die relativ umfangreichen Rentenzahlungen nicht von allen Trägern und auch nicht in allen Jahren einheitlich verbucht wurden („Brutto- oder Nettoprinzip“). Eine ähnliche Problematik gibt es im Übrigen im Jahr 2001 bei den Veränderungen von übergeleiteten Unterhaltsansprüchen und Einnahmen von anderen Sozialleistungsträgern, einschl. der dadurch bedingten Verschiebungen zwischen diesen Einnahmearten, weil sie nicht unwesentlich auf Fehlbuchungen bei einem größeren Träger im Jahr 2000, zum Teil auch auf früheren Sondereinflüssen beruhen. Unabhängig davon bildeten nach wie vor die Leistungen von Sozialleistungsträgern mit 186 Mill. Euro oder einem Anteil von sieben Zehnteln den Schwerpunkt der Einnahmen.

Hauptsächlich wurden diese Einnahmen bei den HLU-Empfängern (99 Mill. Euro) sowie den Leistungsbereichen „Hilfe zur Pflege“ (97 Mill. Euro) und „Eingliederungshilfe für behinderte Menschen“ (66 Mill. Euro) erzielt. Daraus resultieren aber deutliche Unterschiede im jeweiligen Deckungsgrad, gemessen an den Bruttoausgaben, nämlich 30 % bei der Hilfe zur Pflege, 11 % bei der HLU und knapp 9 % bei der Eingliederungshilfe. Im Durchschnitt der gesamten Sozialhilfe war der Deckungsgrad durch die erzielten Einnahmen mit 12,4 % um 0,2 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr. Wegen des geringen Zuwachses der Einnahmen haben sich die Nettoausgaben der Sozialhilfe in Hessen im Jahr 2001 um exakt 5 % auf annähernd 1,9 Mill. Euro erhöht, während sie im Jahr davor nur minimal angestiegen waren.

Über 15 % weniger Ausgaben für Asylbewerber

Der weitere Rückgang der Empfängerzahl⁴⁾ infolge der politischen Stabilisierung auf dem Balkan und der geringeren Zuwanderung aus anderen Krisengebieten hat zu einer erneuten kräftigen Entlastung bei den Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geführt. Zwar war der eingesparte Betrag mit knapp 34 Mill. Euro nicht ganz so

4) Auch über die Empfänger von Asylbewerberleistungen in Hessen im Jahr 2001 wird demnächst in dieser Zeitschrift noch berichtet.

**Ausgaben an Leistungsberechtigte und Einnahmen
nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Hessen 2001
nach Arten**

Ausgaben nach Hilfearten Einnahmen nach Einnahmearten Reine Ausgaben	Beträge		Ver- ände- rung ¹⁾
	1000 Euro	%	
Ausgaben insgesamt	184 709,6	100	- 15,4
davon für			
Leistungen in besonderen Fällen	60 048,4	32,5	69,4
Hilfe zum Lebensunterhalt	52 111,2	28,2	59,5
Hilfe in besonderen Lebenslagen	7 937,2	4,3	185,7
Grundleistungen	89 219,1	48,3	- 34,5
Leistungen bei Krankheit ²⁾	30 876,5	16,7	- 25,2
sonstige Leistungen ³⁾	4 565,5	2,5	- 15,3
Einnahmen insgesamt	10 104,8	5,5	- 11,5
davon			
Kostenbeiträge und Aufwandsersatz ⁴⁾	2 833,1	1,5	- 9,0
übergeleitete Unterhaltsansprüche ⁵⁾	1 020,3	0,6	- 31,1
Leistungen von Sozialleistungsträgern	6 251,4	3,4	- 8,4
Reine Ausgaben	174 604,8	94,5	- 15,6
davon			
in Einrichtungen	41 797,1	22,6	- 8,9
außerhalb von Einrichtungen	132 807,6	71,9	- 17,5

1) Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 2000. — 2) Sowie Schwangerschaft und Geburt. — 3) Einschl. Leistungen für Arbeitsgelegenheiten. — 4) Einschl. Kostenersatz oder Rückzahlung gewährter Hilfen. — 5) Gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete sowie sonstige Ersatzleistungen.

hoch wie im Vorjahr (37 Mill. Euro), doch war die Abnahmerate mit über 15 % um fast einen vollen Prozentpunkt höher als damals. Anzumerken ist zudem, dass für schon länger hier lebende Asylbewerber wieder das ganze Jahr über die höheren „Leistungen in besonderen Fällen“ gewährt werden konnten. Im Vorjahr galten diese an das BSHG angeleh-

ten Beträge — die tendenziell zu einer Kostensteigerung führen — dagegen erst ab Juni, also nur für einen Zeitraum von sieben Monaten. Auf sie entfiel 2001 ein knappes Drittel der gesamten Bruttoausgaben in Höhe von nahezu 185 Mill. Euro. Nahezu die Hälfte des Gesamtaufwands wurde für Grundleistungen und ein Sechstel für Leistungen bei Krankheit (einschl. Schwangerschaft) gezahlt. In der Tabelle sind zwar die Veränderungsraten gegenüber 2000 auch für die einzelnen Leistungsbereiche ausgewiesen, doch ist ein Vergleich wegen der damaligen Änderung der rechtlichen Voraussetzungen nur mit erheblichen Einschränkungen möglich.

Lediglich 10 Mill. Euro, also wie in den Vorjahren etwa 5 % aller Ausgaben nach dem AsylbLG, waren durch Einnahmen abgedeckt; sie bestanden zu über drei Fünfteln aus Leistungen anderer Sozialleistungsträger, zu 28 % aus Kostenbeiträgen (einschl. Kostenersatz oder Rückzahlung gewährter Hilfen) und zu 10 % aus übergeleiteten Ansprüchen gegen Unterhaltsverpflichtete oder sonstigen Ersatzleistungen. Im zuletzt genannten Bereich sind sie gegenüber 2000 besonders stark gesunken, nämlich um fast ein Drittel. Insgesamt haben sich die Einnahmen um gut 1 Mill. Euro oder reichlich 11 % reduziert, sodass die reinen Ausgaben um über 32 Mill. Euro, also deutlich mehr als 15 %, auf unter 175 Mill. Euro zurückgingen. Dabei war — anders als im Vorjahr — der Rückgang der Nettoausgaben für Empfänger außerhalb von Einrichtungen mit 28 Mill. Euro oder fast 18 % wesentlich stärker ausgeprägt als bei den Empfängern in Einrichtungen, sodass für sie diesmal weniger als drei Viertel der gesamten Nettoausgaben aufzubringen waren. □

830 000 t Verpackungsabfälle in Hessen

In irgendeiner Form verpackt ist nahezu jedes Handelsgut. Dadurch fallen große Mengen Verpackungsabfälle bei privaten Haushalten sowie beim Handel und in der gewerblichen Wirtschaft an. Diese Mengen werden seit 1996 auf der Grundlage des Umweltstatistikgesetzes vom 21. September 1994 jährlich über zwei Erhebungen erfasst, die sich an die Einsammler von Verpackungen richten. Erhoben werden Angaben zur Art der Verpackung, zur Menge und zum Verbleib. Dabei werden so unterschiedliche Verpackungsmaterialien wie Glas, Pappe, Papier und Kartonagen sowie Leichtstoff-Fractionen aus Kunststoff, Verbunden, Aluminium oder Weißblech einbezogen. Ausgeschlossen bleiben Verpackungen in Mehrwegsystemen. Seit Einführung der Erhebungen im Jahr 1996 wurden zwei methodische Änderungen vorgenommen, die sich auf die Vergleichbarkeit der Daten in der Zeitreihe auswirken. Im ersten Jahr der Durchführung, im Jahr 1996, war das Abgrenzungskriterium für die

Bei privaten sowie bei gewerblichen und industriellen Endverbrauchern eingesammelte Verpackungen in Hessen 1997 bis 2000

Jahr	Bei privaten Endverbrauchern eingesammelte Menge	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr	Bei gewerblichen und industriellen Endverbrauchern eingesammelte Menge	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr
	Tonnen	%	Tonnen	%
1997	458 909	—	210 146	—
1998	426 490	- 7,1	230 005	9,5
1999	433 111	1,6	285 387	24,1
2000	480 434	10,9	349 252	22,4

Erhebungen nur die Verpackungsart (Transport-/Umverpackung oder Verkaufsverpackung). Seit 1997 wird zusätzlich nach der Herkunft der Verpackung (private Haushalte oder gewerbliche bzw. industrielle Endverbraucher) unterschieden. Zudem wurde ab dem Erhebungsjahr 2000 das Erhebungskonzept der beiden Erhebungen vereinheitlicht. Nunmehr wird generell die Menge erfragt, die *in Hessen* eingesammelt wurde und demzufolge auch hier angefallen ist (Entstehungsprinzip). Bis einschl. 1999 wurden die Transport- und Umverpackungen am Sitz des einsammelnden Unternehmens erfasst und lediglich die Verkaufsverpackungen nach dem Entstehungsprinzip.

In Hessen wurden im Jahr 2000 rund 830 000 t Verpackungsabfälle über die Entsorgungssysteme eingesammelt. Bei privaten Haushalten und vergleichbaren Stellen bzw. über die

Verbleib der bei privaten Endverbrauchern eingesammelten Verkaufsverpackungen in Hessen 2000 nach Verpackungsarten

Verpackungsart	Menge insgesamt	darunter weitergegeben an			
		Sortieranlagen zusammen		Verwerterbetriebe (einschl. Altstoffhandel) zusammen	
		Tonnen	%	Tonnen	%
Leichtverpackungen	159 232	159 232	100	—	—
Papier, Pappe, Karton	118 557	84 420	71,2	34 137	28,8
Glas	199 812	23 874	11,9	175 938	88,1
Kunststoffe, Metalle, Verbunde	2 833	1 177	41,5	1 656	58,5
Insgesamt	480 434	268 703	55,9	211 731	44,1

Wertstoffcontainer wurden 480 000 t Verkaufsverpackungen erfasst. Davon entfielen 42 % auf Glas, 33 % auf Leichtstoffverpackungen sowie 25 % auf Papier, Pappe und Kartonagen. Während die Leichtstoffverpackungen vollständig in Sortieranlagen gingen, wurde der größte Teil des eingesammelten Glases (88 %) direkt an Verwerterbetriebe weitergegeben. Papier, Pappe und Kartonagen wurden zu 71 % von Sortieranlagen übernommen, der Rest ging an Verwerterbetriebe oder den Altstoffhandel. Gegenüber den Vorjahren wurden zunehmend mehr Verkaufsverpackungen eingesammelt. So stieg die Menge von 1997, dem ersten methodisch vergleichbaren Basisjahr, bis zum Jahr 2000 um 4,7 %.

Bei gewerblichen und industriellen Endverbrauchern wurden 349 000 t Transport-, Um- und Verkaufsverpackungen

Verbleib der bei gewerblichen und industriellen Endverbrauchern eingesammelten Transport-, Um- und Verkaufsverpackungen in Hessen 2000 nach Verpackungsarten

Verpackungsart	Menge insgesamt	darunter weitergegeben an			
		Sortieranlagen zusammen		Verwerterbetriebe (einschl. Altstoffhandel) zusammen	
		Tonnen	%	Tonnen	%

Verpackungen für nicht schadstoffhaltige Füllgüter aus					
Glas	3 770	260	6,9	3 510	93,1
Papier, Pappe, Karton	244 690	101 274	41,4	143 209	58,5
Metallen	11 460	4 370	38,1	7 087	61,8
Kunststoffe, Verbunde	13 548	3 833	28,3	9 709	71,7
Holz	36 572	17 928	49,0	18 637	51,0
nicht sortierrein erfassten Materialien, sonstigen Materialien	38 984	34 011	87,2	4 973	12,8
Verpackungen für schadstoffhaltige Füllgüter					
	228	—	0,0	228	100
Insgesamt	349 252	161 676	46,3	187 353	53,6

eingesammelt. 70 % der Verpackungen waren aus Papier-, Pappe- oder Karton, 10 % aus Holz, 4 % aus Kunststoff und 3 % aus Metall. Bei den übrigen 11 % handelte es sich hauptsächlich um nicht sortenrein erfasste Verpackungen. Ungefähr 46 % der gewerblichen und industriellen Verpackungen wurden in Sortieranlagen gebracht. Der Rest ging an

Verwerterbetriebe oder an den Altstoffhandel. Im Vergleich zu 1999 stieg die eingesammelte Menge um 22 % oder 64 000 t an. Generell nahm der Anteil an getrennt gesammelten Transport-, Um- und Verkaufsverpackungen gewerblicher und industrieller Endverbraucher in den letzten Jahren deutlich zu. Seit 1997 stieg die Menge um zwei Drittel. □

*)Tel.: 0611/3802-401 · E-Mail: awincierz@hsl.de

Dr. Anne-Katrin Wincierz*)

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr.	Titel (G - mit Gemeindeergebnissen, K - mit Kreisergebnissen)	Umfang (Seiten)	Bezugspreis (Euro)
282	Abfallwirtschaft in Hessen 1977 bis 1990 (K)	130	8,00
287	Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Hessen am 12. Juni 1994	114	6,00
294	Die Staats- und Gemeindefinanzen im Rechnungsjahr 1990 (G)	215	10,00
295	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990	294	11,50
296	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1993 (K)	80	4,50
300	Die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag in Hessen am 16. Oktober 1994 (G)	205	10,00
301	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 19. Februar 1995 (G)	266	10,00
302	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1994 (K)	88	4,50
304	Der Bruttolohn und seine Besteuerung 1992 (G)	56	4,50
305	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1975 bis 1991 (K)	150	8,00
306	Abfallwirtschaft in Hessen 1977 bis 1993 (K)	205	10,00
307	Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1986 bis 1994 nach Verwaltungsbezirken (K)	249	10,00
308	Regionalergebnisse für das Verarbeitende Gewerbe in Hessen 1970 bis 1994		
	— Teil 1: Ergebnisse für das Land Hessen	124	6,00
	— Teil 2: Ergebnisse für die kreisfreien Städte	169	8,00
	— Teil 3: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Darmstadt und die Landkreise des Reg.-Bez. Darmstadt (ohne kreisfreie Städte)	395	11,50
	— Teil 4: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Gießen und die Landkreise des Reg.-Bez. Gießen	231	10,00
	— Teil 5: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Kassel und die Landkreise des Reg.-Bez. Kassel (ohne kreisfreie Stadt Kassel)	251	10,00
313	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1991 (K)	133	8,00
316	Handel und Gastgewerbe 1993 — Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993 (K)	212	10,00
319	Handwerkszählung 1995	146	8,00
320	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1995 (K)	128	8,00
321	Die Kommunalwahlen am 2. März 1997 (G)	236	10,00
322	Regionalergebnisse für das Bauhauptgewerbe in Hessen 1979 bis 1994	258	10,00
326	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1996 (K)	72	8,00
329	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1995 (K)	116	6,00
333	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 7. Februar 1999 (G)	227	10,00
335	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995	240	10,00
337	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1997	77	10,00
341	Europawahl 1999		
	— Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Hessen am 13. Juni 1999 (G)	126	8,00
342	Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag in Hessen am 27. September 1998	221	12,50
343	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1998	90	6,00
346	Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen 1995 bis 1999	321	13,50
352	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1999	93	6,00
356	Die Kommunalwahlen am 18. März 2001 (G)	288	12,50

Herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt · 65175 Wiesbaden

- Nach den Ergebnissen der diesjährigen *Baumobstanbauerhebung* wurden in Hessen 364 obstanbauende Betriebe mit Verkaufsanbau gezählt, die insgesamt 550 ha Baumobstfläche bewirtschafteten. Von insgesamt 656 000 Obstbäumen waren allein 532 000 bzw. 81 % aller ermittelten Baumobstarten Apfelbäume. Die weiteren Baumobstarten teilten sich in knapp 6 % Süßkirschen, gut 5 % Birnen sowie rund 4 % Sauerkirschen auf. Die restlichen 4 % der Bäume waren Pflaumen und Zwetschen, Mirabellen und Renekloden, Aprikosen sowie Walnüsse. Die bedeutendsten Apfelsorten im Verkaufsanbau waren Elstar, Jonagold und Boskop. Regionaler Schwerpunkt des hessischen Anbaus zum Verkauf von Baumobst ist der Main-Taunus-Kreis, in dem allein knapp 37 % aller hessischen Bäume gezählt wurden, gefolgt von der Stadt Wiesbaden (14 %) und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg (11 %).

- Im Sommer 2001 beendeten 70 % der *Schulabgängerinnen* die Schulzeit an einer allgemein bildenden Schule mit der Mittleren Reife oder dem Abitur, während es von den Männern 60 % waren. Insgesamt 27 650 junge Frauen (200 weniger als im Jahr zuvor) sowie 29 000 junge Männer (600 weniger als im Vorjahr) beendeten im Schuljahr 2001 ihre Schullaufbahn an einer hessischen allgemein bildenden Schule (ohne die Schulen für Erwachsene). Von den jungen Frauen hatten 37 % den Realschulabschluss, 33 % die allgemeine Hochschulreife, 22 % den Hauptschulabschluss, 3 % einen Sonderschulabschluss und 5 % gingen ohne Hauptschulabschluss ab. Von den jungen Männern hatten dagegen 35 % den Realschulabschluss und 25 % die allgemeine Hochschulreife, 27 % beendeten die Schulzeit mit dem Hauptschulabschluss, 5 % mit einem Sonderschulabschluss und 8 % ohne Hauptschulabschluss.

- Am Ende des Jahres 2001 befanden sich in Hessen 112 700 *Jugendliche in der Berufsausbildung* im dualen System, 250 weniger als im Jahr zuvor. Die meisten (5520) erlernten den Beruf Kaufmann/-frau im Einzelhandel, gefolgt von Bürokaufmann/-kauffrau (5300) und Kraftfahrzeugmechaniker/in (5270). Während von den 65 800 männlichen Azubis die meisten als Kraftfahrzeugmechaniker (5200), Elektroinstallateur (2890) und Fachinformatiker (2810) ausgebildet wurden, präferierten von den 46 900 weiblichen Azubis die meisten den Ausbildungsberuf Bürokauffrau (3800), vor Arzthelferin (3230) und Kauffrau im Einzelhandel (3080). Eine detaillierte Übersicht über die 15 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe finden Sie im Internetangebot des Hessischen Statistischen Landesamtes unter: <http://www.hsl.de/Daten/Landesdaten/Bildung/Berufliche-Bildung>

- Zu Beginn des zweiten Halbjahres 2002 ist die Teuerung der Verbraucherpreise wieder gestiegen. Der *Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte* war im Juli wieder um 1,2 % höher als ein Jahr zuvor. Im Juni war die

Teuerungsrate auf 0,9 % gesunken; im Mai hatte sie ebenfalls bei 1,2 % gelegen. Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten und ohne Heizung) waren im Juli um 2,5 % höher als ein Jahr zuvor. Die Kraftstoffpreise stiegen binnen Jahresfrist um 3,4 %, die Preise für Pauschalreisen um 3,7 %, die für Beherbergungsdienstleistungen um 4,0 % und die für Verpflegungsdienstleistungen um 4,7 %. Die Strompreise lagen um 7,2 %, die für Tabakwaren um 5,8 % höher als ein Jahr zuvor. Andererseits waren Nahrungsmittel im Durchschnitt um 0,7 % billiger als vor Jahresfrist. Schweinefleisch wurde dabei um 5,2 %, Butter um 5,0 %, Obst um 2,6 % und Gemüse (einschl. Kartoffeln) um 6,4 % billiger. Die Preise für Gas sanken binnen Jahresfrist um 8,2 %, die Preise für Heizöl um 10,6 %. Von Juni auf Juli stieg der Preisindex um 0,4 % und damit vergleichsweise stark. Ausschlaggebend hierfür war die kräftige saisonbedingte Anhebung der Preise für Pauschalreisen um 12,8 % gegenüber dem Vormonat und der Mieten für Ferienwohnungen und -häuser um 25,6 %.

- Nach den aktuellen Flächennutzungsplänen der hessischen Städte und Gemeinden sollen künftig knapp 8 % der 2,1 Mill. ha Landesfläche als *Bauflächen* genutzt werden. Von den 166 600 ha Bauflächen werden über die Hälfte als Wohnbauflächen und ein gutes Viertel als gemischte Bauflächen ausgewiesen. Die verbleibende Baufläche setzt sich aus gewerblichen Bau- und Sonderbauflächen zusammen. Gegenüber der letzten Auswertung im Jahr 1997 ergibt sich damit eine Zunahme der gesamten Bauflächen um 3,6 % oder rund 5800 ha. Für den überörtlichen Verkehr sind 75 600 ha oder 3,6 % der Landesfläche verplant, von denen wiederum knapp 88 % bzw. 66 400 ha als Flächen für den Straßenverkehr und 10 % bzw. 7600 ha als Flächen für den Bahnverkehr vorgesehen sind. Die verbleibenden 1600 ha Verkehrsfläche dienen dem Luftverkehr. Rund 43 % oder 910 000 ha der Landesfläche sollen für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Allerdings erfolgen die Flächenzuwächse bei den Siedlungsaktivitäten zu Lasten der Landwirtschaftsfläche, die gegenüber 1997 um 10 400 ha abnahm. Dem gegenüber soll nach dem Willen der kommunalen Planungsträger die Waldfläche um 2300 ha auf zukünftig 851 600 ha steigen. Das sind — wie 1997 — gut 40 % der Landesfläche.

- Umsätze und Auftragseingänge im hessischen *Bauhauptgewerbe* waren im Mai 2002 — nach einem Plus im April — wieder rückläufig. Die Umsätze waren mit 330 Mill. Euro um 9,6 % niedriger als vor Jahresfrist. Wohnungsbau und gewerblicher Bau verfehlten das Vorjahresniveau sogar um 20 bzw. 16 %. Dagegen konnte der öffentliche Bau seinen Umsatz um 6 % steigern. Der Frühindikator Auftragszugang nahm im Mai im Vergleich zum Vorjahr um 32 % auf 270 Mill. Euro ab. In den letzten beiden Monaten hatte es noch Zuwachsraten von 8 und 6,6 % gegeben. Der Beschäftigungsabbau setzte sich — wenn auch etwas abgeschwächt — fort. Im Mai beschäftigten die Betriebe mit 20 oder mehr Personen insgesamt 30 900 Mitarbeiter, womit der Vorjahresstand um 6,7 % verfehlt wurde.

Hessen unter den Ländern der Bundesrepublik

Ausgabe II/2001



Printversion:

Umfang: 27 Seiten
Format: DIN A 4
Einband: kartoniert
Preis: 4,00 Euro
(zuzügl. Versandkosten)

Diskettenversion:

Excel 97-Format
Preis: 4,00 Euro
(zuzügl. Versandkosten)



Die Veröffentlichung, die zukünftig jährlich erscheint, bringt für Hessen und die anderen Länder der Bundesrepublik umfangreiches Datenmaterial aus vielen Bereichen der Statistik, hauptsächlich aus Quellen der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes.

In der Ausgabe II/2001 werden Vergleichszahlen u. a. zu folgenden Bereichen dargestellt:

- ◆ Gebiets- und Bevölkerungsstand, Bevölkerungsdichte, Natürliche Bevölkerungsbewegung
- ◆ Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen
- ◆ Arbeitslose, Arbeitslosenquoten, Kurzarbeit, offene Stellen, Arbeitsvermittlungen
- ◆ Studenten an Hochschulen, Auszubildende
- ◆ Verarbeitendes Gewerbe — Investitionen der Betriebe, Betriebe, Beschäftigte, Arbeiterstunden und Umsätze
- ◆ Baugewerbe — Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe
- ◆ Landwirtschaftlich genutzte Flächen, Anbau und Ernte, Viehbestände und Milcherzeugung
- ◆ Fremdenverkehr — angebotene Betten, Ankünfte und Übernachtungen
- ◆ Bestand an Kraftfahrzeugen, Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden und Unfallopfer
- ◆ Betriebe im Produzierenden Gewerbe und Investitionen für Umweltschutz
- ◆ Konkurse, Bestand an Spareinlagen und Bauspareinlagen
- ◆ Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

W-140

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom

Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992

E-Mail: vertrieb@hsl.de · Internet: www.hsl.de

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftragsleistungsindex ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftragsleistungsindex ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preisindex für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslose ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurzarbeit (Personen) ¹⁰⁾
	Ins-gesamt	Inland	Ausland									
	Grundzahlen ¹¹⁾											
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	103,0	107,0	214 675	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	81,4	33 213	103,8	109,3	200 533	7,4	37 692	7 822
2001 1. Vj. D	108,3	97,3	128,3	458 505	69,2	33 356	99,7	108,6
April	95,9	89,1	108,5	458 276	76,1	33 423	102,7	109,2	200 712	7,5	42 863	7 050
Mai	103,5	94,5	120,1	458 434	104,1	33 145	109,9	109,6	194 170	7,1	41 363	6 463
Juni	103,0	90,9	125,1	460 063	100,7	33 217	100,2	109,8	198 138	7,2	39 438	5 528
2. Vj. D	100,8	91,5	117,9	458 931	93,6	33 262	104,3	109,5
Juli	102,6	92,1	122,0	460 466	69,7	33 277	99,4	109,9	199 169	7,3	37 571	4 797
August	100,1	94,4	110,5	461 085	109,0	33 794	102,0	109,8	195 780	7,2	37 727	4 893
September	100,7	91,5	117,7	460 653	109,4	33 624	98,2	109,9	194 050	7,1	36 289	5 838
3. Vj. D	101,1	92,7	116,7	460 735	96,0	33 565	99,9	109,9
Oktober	102,6	93,8	118,8	458 130	64,2	33 341	106,5	109,3	195 656	7,1	32 366	7 461
November	103,7	94,6	120,4	455 804	72,1	32 618	111,0	109,2	198 272	7,2	30 008	10 015
Dezember	97,8	85,6	120,3	452 949	64,0	32 049	116,9	109,2	207 134	7,6	29 674	19 108
4. Vj. D	101,4	91,3	119,8	455 628	66,8	32 689	111,5	109,2
2002 Januar	95,6	85,9	113,6	449 352	49,0	31 114	92,7	110,4	223 585	8,2	32 491	21 481
Februar	93,7	81,4	116,3	448 065	53,7	30 689	89,5	110,7	222 906	8,1	36 988	25 716
März	99,8	89,0	119,7	446 770	86,9	30 701	105,4	110,9	215 942	7,9	38 957	25 741
1. Vj. D	96,4	85,4	116,5	448 069	63,2	30 835	95,9	110,7
April	103,4	91,3	125,8	444 914	81,1	31 075	107,7	110,9	211 836	7,7	37 906	24 566
Mai	103,5	86,1	135,4	443 855	70,3	30 914	102,0	110,9	209 604	7,6	34 658	13 675
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,1	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	0,2	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	0,8	2,1	- 6,7	.	0,4	51,7
2001 1. Vj.	3,9	3,1	4,8	0,2	- 10,8	- 7,0	0,4	2,1
April	- 0,9	- 1,8	0,5	0,1	16,4	- 6,6	- 0,6	2,5	- 9,5	.	4,0	3,1
Mai	- 6,7	- 8,7	- 3,5	0,1	- 25,9	- 7,7	- 2,3	3,0	- 8,3	.	2,3	15,3
Juni	- 2,6	- 2,5	- 2,9	0,1	19,8	- 7,1	4,6	2,7	- 7,0	.	- 1,0	36,6
2. Vj.	- 3,5	- 4,5	- 2,1	0,1	- 3,1	- 7,1	0,4	2,7
Juli	2,2	- 1,9	8,6	0,1	- 31,9	- 7,1	3,2	2,3	- 6,6	.	- 5,9	54,9
August	- 5,0	- 8,1	0,0	- 0,2	46,1	- 5,9	1,1	2,3	- 5,3	.	- 2,0	9,1
September	- 10,8	- 9,7	- 12,4	- 0,3	- 1,1	- 6,3	- 2,2	1,9	- 3,5	.	- 4,9	18,6
3. Vj.	- 4,8	- 6,6	- 2,0	- 0,1	0,1	- 6,4	0,7	2,2
Oktober	- 5,2	- 2,8	- 8,5	- 0,7	- 25,0	- 7,6	3,8	1,7	- 0,4	.	- 9,5	56,0
November	- 5,7	- 5,3	- 6,4	- 1,1	- 5,1	- 8,7	0,8	1,4	1,6	.	- 14,1	121,7
Dezember	- 1,7	- 5,1	3,1	- 1,3	- 16,0	- 8,2	0,3	1,5	3,4	.	- 15,2	322,5
4. Vj.	- 4,2	- 4,4	- 4,2	- 1,0	- 15,8	- 8,2	1,6	1,5
2002 Januar	- 7,4	- 8,0	- 6,3	- 1,9	- 24,2	- 7,5	- 4,2	2,1	5,6	.	- 13,7	251,1
Februar	- 11,0	- 9,7	- 12,6	- 2,2	- 14,1	- 7,7	- 2,4	1,7	5,8	.	- 10,9	205,0
März	- 14,2	- 18,0	- 8,3	- 2,7	8,0	- 7,5	- 4,8	1,8	5,7	.	- 9,7	215,5
1. Vj.	- 11,0	- 12,2	- 9,2	- 2,3	- 8,7	- 7,6	- 3,8	1,9
April	7,8	2,5	15,9	- 2,9	6,6	- 7,0	4,9	1,6	5,5	.	- 11,6	248,5
Mai	0,0	- 8,9	12,7	- 3,2	- 32,4	- 6,7	- 7,2	1,2	7,9	.	- 16,2	111,6
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2001 1. Vj.	2,3	1,9	2,6	- 0,4	- 12,7	- 6,2	- 9,1	0,9
April	- 17,5	- 17,9	- 16,9	- 0,2	- 5,4	0,7	- 7,2	0,3	- 1,8	.	- 0,7	- 13,6
Mai	7,9	6,1	10,7	0,0	36,8	- 0,8	7,0	0,4	- 3,3	.	- 3,5	- 8,3
Juni	- 0,5	- 3,8	4,2	0,4	- 3,3	0,2	- 8,8	0,2	2,0	.	- 4,7	- 14,5
2. Vj.	- 6,9	- 6,0	- 8,1	0,1	35,3	- 0,3	4,6	0,8
Juli	- 0,4	1,3	- 2,5	0,1	- 30,8	0,2	- 0,8	0,1	0,5	.	- 4,7	- 13,2
August	- 2,4	2,5	- 9,4	0,1	56,4	1,6	2,6	- 0,1	- 1,7	.	0,4	2,0
September	0,6	- 3,1	6,5	- 0,1	0,4	- 0,5	- 3,7	- 0,5	- 0,9	.	- 3,8	19,3
3. Vj.	0,3	1,3	- 1,0	0,4	2,6	0,9	- 4,2	0,4
Oktober	1,9	2,5	0,9	- 0,5	- 41,4	- 0,8	8,5	- 0,5	0,8	.	- 10,8	27,8
November	1,1	0,9	1,3	- 0,5	12,4	- 2,2	4,2	- 0,1	1,3	.	- 7,3	34,2
Dezember	- 5,7	- 9,5	- 0,1	- 0,6	- 11,2	- 1,7	5,3	0,0	4,5	.	- 1,1	90,8
4. Vj.	0,3	- 1,5	2,7	- 1,1	- 30,4	- 2,7	11,6	- 0,6
2002 Januar	- 2,2	0,4	- 5,6	- 0,8	- 23,5	- 2,9	- 20,7	1,1	7,9	.	9,5	12,4
Februar	- 2,0	- 5,2	2,4	- 0,3	9,6	- 1,4	- 3,5	0,3	- 0,3	.	13,8	19,7
März	6,5	9,3	2,9	- 0,3	61,8	0,0	17,8	0,2	- 3,1	.	5,3	0,1
1. Vj.	- 4,9	- 6,5	- 2,8	- 1,7	- 5,4	- 5,6	- 14,0	1,4
April	3,6	2,6	5,1	- 0,4	- 6,6	- 1,2	2,2	0,0	- 1,9	.	- 2,7	- 4,6
Mai	0,1	- 5,7	7,6	- 0,2	- 13,3	- 0,5	- 5,3	0,0	- 1,1	.	- 8,6	- 44,3

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2001			
		Durchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 068,1 ¹⁾	6 078,1	6 067,4	6 068,2	6 068,1	6 075,6	6 078,2	6 078,4	6 077,8
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	2 718	2 486	2 159	1 719	3 228	2 697	2 218	1 876	3 378
* Lebendgeborene auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	4,9	4,2	3,5	6,3	5,4	4,3	3,8	6,5
* Gestorbene (ohne Totgeborene) auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4 901	4 686	5 163	4 609	6 207	4 483	5 122	4 491	5 586
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene auf 1000 Lebendgeborene	"	9,7	9,3	10,0	9,3	12,1	9,0	9,9	9,0	10,8
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-) auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5 029	4 948	4 998	4 876	6 186	4 362	5 238	5 019	5 670
	"	10,0	9,8	9,7	9,8	12,0	8,7	10,1	10,0	11,0
	"	21	19	15	28	30	24	26	22	16
	"	4,4	4,2	2,9	6,1	4,8	5,4	5,1	4,9	2,9
	"	- 127	- 262	165	- 267	21	121	- 116	- 528	- 84
	"	- 0,3	- 0,5	0,3	- 0,5	0,0	0,2	- 0,2	- 1,1	- 0,2
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 134	14 598	17 501	14 727	11 624	15 067	18 476	13 718	10 342
* darunter aus dem Ausland	"	6 178	6 442	7 483	6 419	4 777	6 759	7 931	6 065	4 279
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 659	13 528	14 696	13 632	11 747	13 371	15 743	13 005	10 842
* darunter in das Ausland	"	5 572	6 209	5 891	6 384	4 749	5 249	6 393	5 878	4 556
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 474	1 070	2 805	1 095	- 123	1 696	2 733	713	- 500
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	18 349	17 943	19 633	19 452	18 254	16 727	20 780	18 912	16 449
2000 2001 2001 2002										
Durchschnitt April Mai Juni März April Mai Juni										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	214 875	200 533	200 712	194 170	198 138	215 942	211 836	209 604	209 772
* darunter Frauen	"	96 519	89 647	89 329	86 988	90 106	90 644	90 329	89 678	90 359
* Männer	"	118 356	110 886	111 383	107 182	108 032	125 298	121 507	119 926	119 413
* Ausländer	"	45 177	42 684	42 840	41 574	41 534	46 285	45 668	45 168	44 052
* Jüngere unter 25 Jahren	"	22 430	22 023	20 633	19 471	23 230	25 590	24 262	23 507	26 443
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	8,1	7,4	7,5	7,1	7,2	7,9	7,7	7,6	7,6
* darunter der Frauen	"	8,0	7,1	7,2	6,8	7,0	7,1	7,1	6,9	7,0
* Männer	"	8,3	7,6	7,7	7,3	7,4	8,6	8,3	8,2	8,2
* Ausländer	"	14,8	14,2	13,9	14,1	14,1	15,7	15,5	15,1	14,7
* Jüngere unter 25 Jahren	"	7,2	6,5	6,4	5,5	6,6	7,3	6,9	6,4	7,2
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	5 156	7 822	7 050	6 463	5 528	25 741	24 566	13 675	12 680
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 527	37 692	42 863	41 363	39 438	38 957	37 906	34 658	32 843
1999 2000 1999 2000 2001										
30.6. Sept. Dez. Sept. Dez. März Juni Sept.										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ⁷⁾	1000	2 123,7	2 174,7	2 162,3	2 163,4	2 216,7	2 213,1	2 207,3	2 203,3	2 240,4
* darunter Frauen	"	910,5	934,5	927,1	932,8	954,1	955,8	957,0	952,2	970,2
* Ausländer	"	217,1	223,3	221,3	220,1	231,0	230,4	229,3	228,5	231,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	301,8	321,7	306,2	313,3	325,6	331,0	334,5	337,9	341,8
* darunter Frauen	"	262,6	274,5	264,8	269,2	277,1	279,8	282,4	284,9	287,8
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	14,0	13,9	14,1	12,6	14,1	12,5	12,8	13,8	14,1
* darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,7	3,5	3,8	3,5	3,6	3,7	3,8
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	553,4	548,9	556,8	550,9	555,0	552,5	549,9	545,8	551,2
* darunter Frauen	"	141,1	139,9	142,4	140,7	141,9	141,0	141,0	140,0	140,8
* Baugewerbe	"	130,1	125,2	133,6	127,7	127,9	122,4	117,9	120,4	123,5
* darunter Frauen	"	15,6	15,2	15,7	15,6	15,4	15,1	14,9	14,7	14,9
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	532,8	554,2	542,4	547,9	566,0	567,3	562,7	562,5	571,7
* darunter Frauen	"	235,5	244,2	239,6	242,5	249,1	250,0	248,6	248,4	252,9
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	406,1	442,0	421,6	426,8	454,0	456,6	464,6	465,5	475,3
* darunter Frauen	"	187,2	201,9	193,9	198,1	207,8	208,7	212,2	211,9	216,9
* öffentliche und private Dienstleister	"	486,3	489,8	492,5	496,3	498,7	500,6	498,4	494,2	504,4
* darunter Frauen	"	327,0	329,3	331,2	334,0	335,7	337,0	336,4	333,2	340,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		März	April	Mal	Febr.	März	April	Mal
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen¹⁾:										
Rinder	Anzahl	7 302	6 299	7 554	5 724	4 317	6 813	6 961	6 954	5 806
Kälber	"	350	224	246	342	167	202	393	252	291
Schweine	"	102 959	95 275	101 101	92 811	95 692	85 846	87 268	91 218	83 745
darunter hausgeschlachtet	"	7 765	7 524	11 639	7 638	4 357	8 161	7 924	6 548	3 658
Schlachtmengen²⁾:										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	11 148	10 351	10 725	10 326	10 319	9 663	9 911	10 475	9 952
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	2 032	1 679	1 852	1 519	1 239	1 768	1 876	1 940	1 667
* Kälbern	"	33	20	21	32	13	22	31	15	11
* Schweinen	"	8 686	8 103	8 243	7 853	8 422	7 264	7 402	7 996	7 538
Geflügel:										
* Geflügelfleisch ³⁾	"
* Erzeugte Konsumeler ⁴⁾	1000 St.	31 856	31 198	30 867	30 456	34 794	31 825	31 946	27 520	31 781
Milcherzeugung:										
* Kuhlischerzeugung	Tonnen	84 688	87 754	87 231	87 137	95 793	81 235	87 750	88 830	91 727
darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	80 642	83 707	83 467	83 496	92 030	77 871	84 026	85 226	86 002
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,8	18,2	17,8	18,4	19,5	17,6	17,2	18,0	18,0
VERARBEITENDES GEWERBE⁵⁾										
* Betriebe	Anzahl	3 295	3 289	3 304	3 308	3 308	3 220	3 213	3 212	3 211
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	459,5	458,5	459,2	458,3	458,4	448,1	446,8	444,9	443,9
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	271,1	269,6	270,5	269,9	269,8	261,6	260,8	259,7	259,1
* Geleistete Arbeitsstunden	"	34 952	34 156	36 989	33 334	35 807	32 523	32 821	33 956	31 155
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	660,8	667,4	636,6	644,1	710,6	596,1	605,4	632,3	685,0
* Bruttogehaltssumme	"	739,6	754,1	753,4	749,8	798,3	689,9	719,5	753,7	784,0
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 864,5	6 976,7	7 582,0	6 598,3	7 227,7	6 259,3	6 859,8	6 975,5	6 663,8
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	"	2 993,6	3 002,0	3 356,6	2 947,6	3 186,4	2 859,2	3 054,3	3 189,3	3 000,6
* Investitionsgüterproduzenten	"	2 170,0	2 184,3	2 296,3	1 960,0	2 208,2	1 724,4	2 065,6	2 031,7	1 964,5
* Gebrauchsgüterproduzenten	"	225,5	256,0	285,4	228,5	250,1	235,5	271,5	238,4	221,3
* Verbrauchsgüterproduzenten	"	1 475,5	1 534,4	1 643,7	1 462,2	1 582,9	1 440,2	1 468,4	1 516,1	1 497,3
* darunter Auslandsumsatz	"	2 564,7	2 621,9	2 954,0	2 513,9	2 665,5	2 467,2	2 641,1	2 761,8	2 667,3
Exportquote ⁶⁾	%	37,4	37,6	39,0	38,1	37,2	39,4	38,5	39,6	39,9
Volumenindex des Auftragseingangs⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	6,7	- 2,2	- 1,4	- 0,9	- 6,7	- 11,0	- 14,2	7,8	0,0
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	"	5,6	- 1,9	- 3,3	- 0,1	- 6,8	0,4	- 6,1	14,8	7,0
* Investitionsgüterproduzenten	"	9,2	- 3,6	- 5,1	- 0,9	- 9,6	- 30,2	- 25,5	1,8	- 8,8
* Gebrauchsgüterproduzenten	"	10,5	- 10,6	- 2,1	- 28,1	4,7	- 16,2	- 15,1	- 2,6	- 29,2
* Verbrauchsgüterproduzenten	"	2,9	5,4	26,1	12,4	2,4	5,3	- 16,7	- 6,5	4,1
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	6,7	2,2	2,7	2,4	- 4,8	12,3	- 2,2	15,7	5,2
Maschinenbau	"	15,8	- 9,4	- 10,0	- 13,0	- 5,0	- 10,5	- 11,3	15,9	27,5
Kraftwagen und -teile	"	- 9,3	4,2	- 11,9	24,7	- 12,3	- 21,3	- 16,8	1,3	2,9
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	5,5	- 3,4	- 3,9	1,4	- 5,1	- 7,6	- 17,1	- 3,6	- 11,0
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	93	95	95	95	95	97	95	95	95
* Beschäftigte ⁹⁾	"	19 131	18 366	18 346	18 302	18 255	18 184	18 161	18 123	18 030
* darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	8 704	7 826	7 901	7 837	7 833	7 393	7 368	7 343	7 226
* Geleistete Arbeitsstunden ⁹⁾¹⁰⁾	1000 h	1 109	991	1 066	927	1 027	2 291	2 244	2 302	2 132
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	24,3	23,2	20,5	32,3	20,4	20,3	19,3	21,3	19,8
* Bruttogehaltssumme	"	36,5	39,0	33,8	42,1	33,3	39,2	36,9	40,2	37,7
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 128,5	...	3 142,0	2 748,2	2 547,7
* Stromverbrauch ¹¹⁾	"	2 895,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innerereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischer Geflügel in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 4) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickelern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendemontatisch. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 11) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		März	April	Mal	Febr.	März	April	Mal
HANDWERK										
* Beschäftigte	1996 – 100	93,0	90,6	90,8	.	.	.	87,6	.	.
* Umsatz	"	103,0	101,9	89,1	.	.	.	85,4	.	.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	60,7	58,0	57,6	57,9	57,4	54,7	54,6	55,5	55,1
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	32,0	30,1	30,0	30,1	29,5	28,2	28,2	28,6	28,5
Fachwerker und Werker	"	9,5	9,0	8,8	8,9	9,0	8,1	8,1	8,2	8,1
gewerblich Auszubildende	"	2,9	2,7	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6	2,6	2,6
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 756	5 381	5 187	5 309	6 041	4 036	4 897	5 657	5 124
darunter										
Wohnungsbau	"	2 214	2 037	2 017	1 998	2 239	1 532	1 895	2 200	2 036
gewerblicher Bau	"	1 716	1 581	1 569	1 554	1 740	1 255	1 456	1 536	1 406
öffentlicher und Straßenbau	"	1 798	1 730	1 578	1 725	2 009	1 226	1 525	1 894	1 657
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	96,2	90,8	79,8	93,9	95,4	66,1	76,2	91,2	88,8
* Bruttogehaltssumme	"	40,0	38,3	35,6	38,0	36,6	35,8	35,5	38,8	38,4
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	511,9	512,6	439,9	410,5	514,5	334,4	392,0	436,5	467,3
darunter										
Wohnungsbau	"	156,4	141,1	116,2	117,2	145,3	94,7	121,9	135,2	132,1
gewerblicher Bau	"	209,3	226,3	212,3	179,7	231,1	155,5	154,0	167,0	188,2
öffentlicher und Straßenbau	"	146,9	144,3	110,1	112,6	135,9	83,3	114,8	134,4	145,6
* Index des Auftragsleistungsindex ³⁾	1995–100	85,1	81,4	80,5	76,1	104,1	53,7	86,9	81,1	70,3
darunter										
Wohnungsbau	"	53,2	46,0	49,2	48,8	59,7	39,0	45,2	40,3	39,4
gewerblicher Bau	"	99,6	90,9	93,1	90,2	125,7	51,5	95,4	82,4	55,1
öffentlicher und Straßenbau	"	84,9	89,1	82,0	73,6	101,7	64,6	99,3	102,0	106,2
Ausbaugewerbe⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾	1000	24,6	23,8	23,7	.	.	.	23,3	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	7 148	6 962	6 694	.	.	.	6 304	.	.
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	115,1	111,9	105,5	.	.	.	104,1	.	.
* Bruttogehaltssumme	"	57,4	57,2	53,7	.	.	.	56,2	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	626,6	613,9	471,2	.	.	.	436,2	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	913	768	850	798	862	678	848	810	752
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	818	679	737	712	759	607	783	731	658
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	1 021	926	1 075	919	1 037	733	850	887	865
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	188	170	194	168	187	135	155	169	166
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	219 128	204 157	245 002	203 442	220 186	166 994	191 164	206 086	200 817
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	245	207	242	193	214	159	124	164	156
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	875	1 333	1 170	1 320	1 158	1 156	537	1 363	873
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	186	224	227	213	212	179	92	358	155
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	167 702	198 009	191 341	218 686	195 282	150 143	66 759	422 269	156 376
* Wohnungen insgesamt ⁶⁾	Anzahl	1 968	1 817	1 959	1 800	2 092	1 418	1 543	1 723	1 830
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) ⁶⁾	"	10 306	9 021	9 854	9 131	10 666	7 296	8 214	9 188	9 164
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	1995 – 100	100,8	91,9	106,2	91,1	97,1	80,7	90,5	88,6	...
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	100,4	93,0	105,8	93,4	99,9	81,6	91,6	90,4	...
* Beschäftigte im Großhandel (Index)	"	82,2	81,9	82,2	82,0	81,6	79,9	80,2	80,1	...
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	1995 – 100	99,9	99,2	106,4	96,4	104,8	84,9	99,8	101,9	96,5
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	103,0	103,8	110,7	102,7	109,9	89,5	105,4	107,7	102,0
darunter (Einzelhandel mit)										
Kraftfahrzeuge ⁸⁾ , Tankstellen	"	111,2	113,5	134,0	116,4	127,7	101,4	124,9	129,3	117,9
Waren verschiedener Art ⁹⁾	"	101,4	103,5	105,6	102,5	104,9	90,2	106,8	102,6	104,8
Apotheken ¹⁰⁾	"	126,0	134,4	134,2	129,3	137,9	123,4	133,4	161,9	125,7
Bekleidung	"	87,2	88,1	90,0	87,3	90,3	66,1	86,0	81,6	84,4
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹¹⁾	"	88,0	87,4	97,1	85,2	88,1	75,2	80,6	80,1	71,2
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹²⁾	"	107,0	104,8	111,0	112,8	131,5	81,2	110,6	122,1	133,0
* Beschäftigte im Einzelhandel	"	87,3	86,0	85,9	85,6	85,7	85,0	84,9	84,5	84,9
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	1995 – 100	92,1	90,3	94,1	85,7	98,2	76,6	82,9	87,4	85,2
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	97,6	97,3	100,0	92,0	105,4	84,4	91,4	96,6	95,1
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	108,9	106,5	114,4	93,8	120,8	95,6	94,5	107,9	103,6
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	91,0	90,9	88,7	86,1	97,4	77,0	86,0	89,3	90,6
Kantinen und Caterer	"	107,9	109,2	114,5	106,8	110,6	92,8	107,9	107,3	104,0
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	83,8	85,5	86,9	87,4	85,8	80,9	83,4	84,0	84,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Bauinstallationen und sonstiges Baugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsjahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 8) Sowie mit Kraftfahrzeugen und -zubehör. — 9) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 10) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 11) Sowie Hausrat. — 12) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt¹⁾	Miil. EUR	2 504,1	2 635,8	2 660,3	2 788,9	2 607,1
davon	-									
* Güter der Ernährungswirtschaft	-	60,1	62,6	49,2	46,1	80,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	-	2 444,0	2 573,2	2 611,0	2 742,8	2 526,4
davon	-									
* Rohstoffe	-	21,8	20,9	20,6	17,6	24,5
* Halbwaren	-	196,0	178,3	203,0	193,8	173,6
* Fertigwaren	-	2 226,2	2 374,0	2 387,4	2 531,3	2 328,2
davon	-									
* Vorerzeugnisse	-	471,5	453,1	435,6	495,0	456,4
* Enderzeugnisse	-	1 754,6	1 920,9	1 951,8	2 036,2	1 871,8
Unter den Fertigwaren waren	-									
chemische Erzeugnisse	-	661,4	698,1	767,3	717,5	696,8
Maschinen	-	378,3	412,4	378,3	467,9	404,6
Fahrzeuge	-	299,5	331,6	349,2	297,2	345,2
elektrotechnische Erzeugnisse	-	289,8	310,9	305,3	396,0	276,9
Eisen- und Metallwaren	-	195,5	202,8	177,4	205,1	181,3
davon nach	-									
* Europa	-	1 729,4	1 823,9	1 915,6	1 854,2	1 852,9
* darunter EU-Länder ²⁾	-	1 310,2	1 381,5	1 499,8	1 378,6	1 439,3
* Afrika	-	40,6	47,3	40,8	47,8	46,6
* Amerika	-	376,8	371,0	349,5	456,0	336,9
* Asien	-	333,8	360,0	321,1	396,0	326,8
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	-	23,4	33,6	33,2	34,8	43,9
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt¹⁾	-	4 481,1	4 250,2	4 264,8	4 503,5	4 638,2
davon	-									
* Güter der Ernährungswirtschaft	-	176,9	189,7	159,8	180,0	216,1
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	-	4 304,1	4 060,5	4 105,1	4 323,5	4 422,2
davon	-									
* Rohstoffe	-	52,4	46,2	50,2	49,6	71,8
* Halbwaren	-	404,2	366,4	368,8	336,7	506,0
* Fertigwaren	-	3 847,5	3 628,0	3 686,1	3 937,1	3 844,4
davon	-									
* Vorerzeugnisse	-	444,5	458,8	460,7	483,5	492,5
* Enderzeugnisse	-	3 403,1	3 169,2	3 225,4	3 453,7	3 351,8
davon aus	-									
* Europa	-	2 668,5	2 764,7	2 680,9	2 788,6	2 937,5
* darunter EU-Länder ²⁾	-	2 070,6	2 134,7	2 054,1	2 154,8	2 272,6
* Afrika	-	106,3	91,0	81,7	74,6	152,3
* Amerika	-	809,4	662,6	770,2	829,0	664,2
* Asien	-	889,6	724,5	713,6	805,1	874,9
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	-	7,4	7,4	8,5	6,2	9,4
TOURISMUS³⁾										
* Gästeankünfte	1000	816	813	674	805	745	663	670	715	799
* darunter von Auslandsgästen	-	211	200	172	193	179	175	162	165	186
* Gästeübernachtungen	-	2 138	2 136	1 787	2 073	2 013	1 731	1 729	1 873	2 008
* darunter von Auslandsgästen	-	409	388	370	404	330	381	352	320	339
Gästeübernachtungen nach Berichts-	-									
gemeindegruppen:	-									
Heilbäder	-	644	643	557	614	625	518	541	598	606
Luftkurorte	-	131	124	81	100	117	77	82	95	102
Erholungsorte	-	96	98	62	65	99	49	61	67	79
Sonstige Gemeinden	-	1 265	1 270	1 087	1 292	1 172	1 086	1 046	1 114	1 220
darunter Großstädte	-	575	575	538	642	509	569	525	522	560
VERKEHR										
Binnenschifffahrt	-									
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 350	1 251	1 339	1 121	1 293	1 023	1 100	1 106	1 199
davon	-									
* Güterversand	-	226	213	212	169	200	221	181	194	236
* Güterempfang	-	1 124	1 037	1 127	953	1 092	801	919	912	963

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2001 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾	Anzahl	30 577	30 179	39 515	33 205	36 838	26 744	36 071	32 639	30 005
darunter										
Personenkraftwagen ²⁾	"	26 145	26 040	33 386	27 477	31 219	23 789	28 921	27 351	25 957
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 868	1 745	2 115	1 995	2 026	1 159	1 584	1 639	1 458
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 986	1 791	2 788	2 956	2 880	1 378	4 703	2 980	1 951
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	287	298	307	354	332	248	350	352	347
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ³⁾	"	3 097	3 095	2 969	2 953	3 250	10 867	10 459	11 626	11 769
darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 252	2 000	2 115	2 554	1 968	1 863	2 335	2 407
* Getötete Personen	"	45	43	23	37	44	40	30	62	38
* Verletzte Personen	"	3 031	3 036	2 737	2 895	3 379	2 710	2 486	3 089	3 250
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ⁴⁾										
Beförderte Personen	1000	39 561	39 236	120 342	.	.	.	116 634	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁵⁾	"	39 083	38 805	119 461	.	.	.	115 679	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	478	431	880	.	.	.	754	.	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 402	24 208	65 511	.	.	.	64 621	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁵⁾	"	19 432	19 596	57 092	.	.	.	57 463	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	4 970	4 612	8 419	.	.	.	7 157	.	.
Einnahmen	1000 EUR	41 158	81 840	113 509	.	.	.	117 395	.	.
davon aus										
Linienverkehr ⁵⁾	"	32 949	67 519	102 463	.	.	.	105 031	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	8 209	14 321	11 046	.	.	.	12 363	.	.
GELD UND KREDIT										
Banke⁶⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷⁾	Milli. EUR	490 216	546 660	537 391
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ⁷⁾	"	399 113	415 013	408 088
davon										
kurzfristige Kredite	"	66 702	71 101	75 118
Kredite über 1 Jahr ⁸⁾	"	332 411	343 912	332 970
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁷⁾										
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	378 514	435 068	421 535
Insolvenzen										
* Beantragte Insolvenzverfahren	Anzahl	235	268	274	200	249	366	438	387	...
darunter mangels Masse abgelehnt	"	123	122	127	89	108	132	116	77	...
davon										
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe	"	153	167	168	125	153	207	221	169	...
von natürlichen Personen als Gesellschafter u.ä. Nachlässe	"	24	29	30	23	22	82	125	122	...
* von Verbrauchern	"	58	73	76	52	74	77	92	96	...
* Voraussichtliche Forderungen	1000 EUR	105 026	246 041	118 696	147 169	251 778	199 513	376 495	143 259	...
GEWERBEANZEIGEN⁹⁾										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 380	5 303	5 914	5 001	5 209	5 139	5 401	5 085	4 940
* Gewerbeabmeldungen	"	4 783	4 762	4 929	4 172	4 299	4 681	4 696	4 279	4 033
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	107,0	109,3	108,9	109,2	109,6	110,7	110,9	110,9	110,9
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	101,4	105,1	103,9	105,1	107,0	107,5	106,8	106,9	106,5
Bekleidung, Schuhe	"	104,0	104,1	104,2	104,1	104,2	104,4	104,5	104,5	104,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹⁰⁾	"	110,7	113,5	112,8	113,2	113,4	114,7	115,0	114,9	114,9
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹¹⁾	"	102,1	102,8	102,5	102,5	102,7	103,8	103,9	103,9	103,9
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	113,9	117,4	117,6	118,4	119,3	117,9	119,2	120,3	119,7
Nachrichtenübermittlung	"	84,3	82,1	82,2	81,7	81,7	81,8	81,7	81,8	82,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	104,9	106,6	106,8	105,6	105,4	108,3	107,9	105,9	106,9
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	103,7	104,6	103,0	104,0	104,3	107,1	107,6	106,1	109,0
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	106,6	108,9	108,3	108,7	109,2	110,3	110,4	110,6	110,6
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹²⁾	1995 = 100	100,2 ¹³⁾	100,2 ¹³⁾	.	.	102,4	102,4	.	.	102,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahreritz. — 3) Schwer wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 10) Und andere Brennstoffe. — 11) Sowie deren Instandhaltung. — 12) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 13) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		März	April	Mal	Febr.	März	April	Mal
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Miil. EUR	3 553,2	3 471,6	3 775,5	3 365,0	2 767,8	3 068,6	2 084,2	2 782,5	2 793,4
davon	-	3 129,5	3 014,8	3 192,8	2 909,4	2 328,1	2 575,4	1 592,7	2 307,0	2 447,5
Gemeinschaftssteuern	-	1 487,1	1 513,6	1 493,3	1 475,7	1 460,5	1 406,8	1 496,9	1 472,4	1 399,5
davon	-	76,5	64,1	63,8	- 46,8	- 46,0	- 119,1	- 15,5	32,2	- 50,6
Lohnsteuer ²⁾	-	227,8	256,6	66,1	279,0	179,7	38,8	75,5	127,4	110,9
veranlagte Einkommensteuer	-	224,9	265,7	229,8	268,2	247,8	355,5	238,9	230,4	194,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	235,7	15,1	512,2	188,2	- 459,8	- 96,7	- 964,4	- 229,7	- 171,7
Zinsabschlag ²⁾	-	716,8	745,4	600,1	592,0	775,5	861,6	631,8	565,3	803,6
Körperschaftsteuer ²⁾	-	160,6	154,2	227,6	153,1	170,3	128,5	129,5	109,0	161,3
Umsatzsteuer	-	249,5	278,4	408,4	202,5	264,0	352,9	350,6	257,1	206,4
Einfuhrumsatzsteuer	-									
Bundessteuern	-									
darunter	-									
Mineralölsteuer	-	31,5	41,9	29,8	17,2	48,2	25,9	39,5	43,6	44,4
Versicherungsteuer	-	57,3	67,9	166,9	50,5	60,0	205,6	154,5	66,4	34,6
Zölle ³⁾	-	13,2	11,5	11,2	9,7	11,3	8,8	8,8	6,9	10,7
Landesteuern	-	130,5	141,3	163,1	163,4	132,5	100,2	132,4	131,9	122,4
darunter	-									
Vermögensteuer	-	5,7	3,3	1,7	7,3	3,5	0,7	2,8	0,9	1,3
Erbschaftsteuer	-	21,7	23,6	25,0	22,6	14,8	2,3	5,1	11,4	13,1
Grundwertsteuer	-	43,2	43,5	53,1	61,9	35,0	35,7	46,5	45,3	41,9
Kraftfahrzeugsteuer	-	44,3	53,2	63,7	57,1	61,8	45,3	54,7	58,4	51,2
Gewerbsteuerumlage	-	30,5	26,5	0,0	80,0	12,0	31,2	0,0	79,6	6,4
		2000	2001	2000		2001			2002	
		Durchschnitt ⁴⁾		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Miil. EUR	1 609,7	1 621,4	1 723,9	2 052,4	994,4	1 543,6	1 427,6	3 947,5	829,6
davon	-	4,3	3,8	5,1	3,5	4,3	4,2	5,2	6,7	4,4
Grundsteuer A	-	150,8	185,3	164,6	123,7	150,0	171,4	170,7	249,3	139,7
Grundsteuer B	-	742,2	648,7	886,7	645,1	683,8	624,6	603,0	1 286,2	520,5
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	621,6	844,0	580,5	1 129,9	136,4	656,0	563,8	2 019,9	147,5
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	17,2	19,3	17,3	13,4	15,5	17,3	17,4	26,9	15,1
andere Steuern ⁵⁾	-									
		2000	2001	2000	2001			2002		
		Durchschnitt ⁶⁾		Juli	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April
VERDIENSTE ⁷⁾										
Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe ⁸⁾										
• Bruttomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 418	2 438	2 431	2 398	2 443	2 454	2 438	2 409	2 446
• Männliche Arbeiter	-	2 501	2 520	2 516	2 480	2 527	2 535	2 519	2 488	2 526
darunter Facharbeiter	-	2 656	2 674	2 672	2 638	2 684	2 693	2 667	2 637	2 668
• Weibliche Arbeiter	-	1 857	1 883	1 865	1 864	1 873	1 899	1 885	1 866	1 898
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 734	1 755	1 737	1 739	1 749	1 768	1 755	1 758	1 768
• Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,74	14,89	14,77	14,80	14,93	14,93	14,86	14,87	15,02
• Männliche Arbeiter	-	15,21	15,36	15,24	15,30	15,42	15,39	15,31	15,35	15,48
darunter Facharbeiter	-	16,36	16,48	16,35	16,45	16,57	16,54	16,40	16,44	16,55
• Weibliche Arbeiter	-	11,49	11,66	11,52	11,50	11,59	11,74	11,70	11,68	11,81
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,62	10,72	10,62	10,61	10,66	10,78	10,76	10,74	10,83
Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste)										
• im Produzierenden Gewerbe ⁸⁾	-	3 500	3 586	3 528	3 539	3 562	3 588	3 618	3 637	3 664
• männlich	-	3 757	3 843	3 787	3 794	3 816	3 846	3 876	3 890	3 915
• weiblich	-	2 778	2 863	2 803	2 825	2 839	2 865	2 891	2 913	2 939
• kaufmännische Angestellte	-	3 325	3 385	3 354	3 348	3 369	3 383	3 412	3 438	3 464
• technische Angestellte	-	3 656	3 765	3 684	3 708	3 733	3 772	3 802	3 814	3 839
• in Handel ⁹⁾ , Kredit- u. Versicherungsgewerbe	-	2 936	3 060	2 968	2 999	3 033	3 070	3 095	3 323	3 331
• männlich	-	3 238	3 380	3 272	3 312	3 353	3 392	3 415	3 675	3 699
• weiblich	-	2 514	2 617	2 542	2 566	2 593	2 624	2 649	2 796	2 784
• kaufmännische Angestellte	-	2 950	3 077	2 980	3 018	3 050	3 087	3 111	3 325	3 323
• Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel ⁹⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe	-	3 163	3 270	3 193	3 217	3 244	3 276	3 303	3 443	3 458

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 9) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Hessische Gemeinde- statistik 2001



Printversion:

Umfang: IXX und 187 Seiten
Format: DIN A 4
Einband: kartoniert
Preis: 12,50 Euro
(zuzügl. Versandkosten)

Diskettenversion:

Excel 97-Format
Preis: 12,50 Euro
(zuzügl. Versandkosten)



Die Ausgabe 2001 der jährlich herausgegebenen „Hessischen Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 285 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche am 31.12.2000 — Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung am 31.12.2000 — Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung 2000

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung am 30.6.2000

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe im Mai 1999 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche — Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben 1999 — Rindvieh- und Schweinehaltung im Mai 1999 — Flächennutzung 2001

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte im September 2000 nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe im Juni 2000 — Baugenehmigungen und Baufertigstellungen 2000, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden am 31.12.2000

Verkehr

Fremdenverkehr und Straßenverkehrsunfälle 2000

Finanzen und Steuern

U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze 2000 — Finanzausgleich 2000 — Personalstand am 30.6.2000 — Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995 sowie der Umsatzsteuerstatistik 2000

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den am 1. April 2001 neu gegründeten Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, den bisherigen Umlandverband Frankfurt, den Verdichtungsraum-Rhein-Main und den Zweckverband Raum Kassel nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.

W-146

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992
E-Mail: vertrieb@hsl.de · Internet: www.hsl.de

Staat und Wirtschaft in Hessen 7 · 02

Die Bibliothek der Zukunft

Text und Schrift in den Zeiten des Internet. Von D. E. Zimmer, 331 Seiten, gebunden, 39,90 Euro, Hoffmann und Campe, Hamburg, 2000.

Die Schrift, das externe Gedächtnis des Menschen, macht den tiefsten Umbruch seit der Erfindung des Buchdrucks durch: Sie wechselt vom Papier in den Computer, alles Geschriebene ist dabei, sich zu entmaterialisieren. Eine derartige Umwälzung bringt Probleme und vielerlei Fragen mit sich, nicht nur bei jenen, die bisher von bedrucktem Papier lebten, sondern auch bei jedem, der viel liest und schreibt. Unter anderem setzt sich der Autor mit folgenden Fragen auseinander: Wie sieht die Bibliothek der Zukunft aus? Wie lange wird es noch gedruckte Bücher, Zeitschriften und Zeitungen geben? Wie kommt man in elektronischen Katalogen an sein Ziel? Wo findet man elektronische Texte? Welche Rolle spielt das Urheberrecht? Wie gebrauche ich als Leser und Schreiber die mächtigen Werkzeuge, die der Computer bereitstellt? Aber auch kleine Fragen werden behandelt: Woher kommt das @? Sind Website und Webseite das Gleiche? Nach Beantwortung dieser und vieler weiterer Fragen bietet das Buch zum Abschluss noch einen kommentierten Linkkatalog, der u. a. die Adressen von Bibliotheken und Bibliothekskatalogen sowie von Internetliteratur und E-Journals enthält. Bei seinen Ausführungen enthält sich der Autor der Euphorie wie des Alarmismus. Er beobachtet den Umbruch mit skeptischer, aber nicht von vornherein ablehnender Neugier und er möchte den Lesern eine Orientierung in der neuen Welt des Geschriebenen liefern. Seine Schlussfolgerungen lauten u. a.: „Die Informationsgesellschaft ist keine Gesellschaft der gleichmäßig Informierten. Die Information teilt die Welt noch mal in Habende und Habenichtse“ und „Der Computer gibt dem Lesenden wie dem Schreibenden völlig neue und ungeahnt mächtige Werkzeuge an die Hand — aber nur dem, der ihm mit Verstand und Verständnis entgegenkommt“.

7012

Der kommunale Finanzausgleich in Hessen

Historische Darstellung und ökonomische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Schlüsselzuweisungen. Von M. Broer, Band 105 der „Finanzwissenschaftlichen Schriften“, XVIII und 232 Seiten, kartoniert, 37,80 Euro, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main, 2001.

Rückläufige Steuereinnahmen und wachsende Ausgabenverpflichtungen haben eine Reform des kommunalen Steuersystems zwar zum ständigen Thema werden lassen, aber noch keineswegs auf die Agenden in Bundestag und Bundesrat gebracht. Ist so auf absehbare Zeit von dort nicht mit den erforderlichen Entscheidungen zur grundlegenden Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung zu rechnen, rückt dafür der kommunale Finanzausgleich (KFA) — der in Hessen immerhin ein gutes Viertel der kommunalen Einnahmen ausmacht — ins Blickfeld. Die Schlüsselzuweisungen sind nach Gewerbe- und Einkommensteuer die wichtigste Quelle für allgemeine ungebundene Deckungsmittel. Vor diesem Hintergrund analysiert die Untersuchung den Finanzausgleich und vor allem das System der Schlüsselzuweisungen in Hessen — nach einer historischen Darstellung seiner maßgeblichen Entwicklungslinien — ökonomisch, um mögliche Schwachstellen aufzudecken und Reformvorschläge zu unterbreiten. Nach der Klärung der funktionalen und strukturellen Stellung der Kommunen im Staatsgefüge des Landes werden modellplatonisch Aufgaben und Erfüllungskriterien für den kommunalen Finanzausgleich

aufgestellt. Der Hauptteil der Arbeit besteht sodann in der Darstellung der Genese des KFA und der Untersuchung des aktuellen Ausgleichsystems auf Verbesserungsmöglichkeiten. Dabei geht der Autor nach einem einheitlichen Arbeitsschema vor: kurze historische Darstellung bzw. Erläuterung der Zusammenhänge, Beschreibung der aktuellen Praxis des KFA, Analyse und Reformvorschläge. Dieses Schema wendet er auf vier Untersuchungskomplexe an: die vom Land bereitgestellte Finanzausgleichsmasse, die Aufteilung der Verbundmasse nach Zuweisungskategorien, die Verteilung der Schlüsselzuweisungen nach Gebietskörperschaftsgruppen und die interne Verteilung der Teilschlüsselmassen in den Gebietskörperschaftsgruppen. Im Zusammenspiel aus systematischer Herangehensweise und fundierter Analyse gelingt es dem Autoren mit seinen Reformvorschlägen — die alle das bestehende Abgabensystem als vorgegebenen Rahmen zunächst nicht in Frage stellen — für die Diskussionen um den hessischen KFA ebenso interessante Gesichtspunkte beizusteuern wie sachliche Argumente bereitzustellen.

7057

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT)

(Bund, Länder und Gemeinden). Grundkommentar, begründet von Sigmund Uttlinger, fortgeführt von A. Breier, Dr. K.-H. Kiefer und H. Hoffmann, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. 161. Erg.-Lfg. vom April 2001, 5692 Seiten, in 4 Ordnern) 269,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 2001.

2027

Betäubungsmittelrecht

mit Kommentar zum Betäubungsmittelgesetz — Suchtbekämpfung. Sammlung des gesamten Betäubungsmittelrechts des Bundes und der Länder einschl. der internationalen Bestimmungen. Bearbeitet von Prof. Dr. P. V. Lundt und Dr. P. Schiwy, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. 74. Erg.-Lfg. vom Mai 2001, rd. 1900 Seiten, in Plastikordnern); Verlag R. S. Schulz, Percha am Stamberger See, 2001.

5369

Kommentar zum Bundesdatenschutzgesetz

Dokumentation Bund, Länder, Kirchen, Ausland und Internationales: Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Entscheidungssammlung zum Datenschutz. Herausgegeben von Prof. Dr. S. Simitis, Dr. U. Dammann, Dr. H. Geiger, Dr. O. Mallmann und Dr. S. Walz, bearbeitet von Dr. U. Dammann; Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. 31. Lieferung vom Juni 2001, ca. 1200 Seiten, in 4 Plastikordnern) 234,00 DM; Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2001.

5391

Schreiben, Bescheide und Vorschriften in der Verwaltung

Von Dr. Helmut Linhart, Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, 3. Auflage, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. 13. Erg.-Lfg. vom August 2001, 1018 Seiten, in Plastikordnern) 118,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 2001.

6045

Buchführung und Bilanzierung von A — Z

Buchungsfälle und Bilanzierungstipps für Betriebe. Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. Heft 5/2001 vom Oktober 2001, rd. 1202 Seiten, in Plastikordnern) 70,00 DM; Erscheinungsfolge der Ergänzungslieferungen: jährlich 4 bis 6 Lieferungen; Rudolf-Haufe-Verlag, Freiburg, 2001.

6135

Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Ergänzbarer Kommentar nebst einschlägigen Rechtsvorschriften. Von Dr. H.-J. Schaffland und N. Wiltfang, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 5/01 vom Januar 2001, 2064 Seiten, in Spezialordnern) 186,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Bielefeld, 2000.

5330

BUCHBESPRECHUNGEN

Einkommen- und Lohnsteuer

Von *Küch B., Scheuer A., Valder S., Zbanyszek H.-P.*, 6. Auflage, Band 3 der Reihe „Ausbildung im Steuerrecht“, XXVIII und 380 Seiten, kartoniert, 28,90 Euro, C. H. Beck, München, 2001.

Das Buch ist Teil der Reihe „Ausbildung im Steuerrecht“ und ersetzt die bisher getrennten Bände „Einkommensteuer“ und „Lohnsteuer“. Es wendet sich als unterrichtsbegleitendes Lehrbuch vor allem an angehende Steuerfachangestellte, Steuerfachwirte und Finanzwirte. Ziel ist deshalb nicht eine eingehende Darstellung der — immer mehr durchbrochenen — Steuersystematik und ihrer zu Grunde liegenden Ideen, sondern eine genaue Erklärung der im Einkommensteuergesetz und den begleitenden Rechtsnormen und Vorschriften niedergelegten Regeln zur Bestimmung des zu versteuern Einkommens und der Einkommensteuer. Dies gelingt den Autoren trotz der großen Komplexität der Materie in beispielhafter Weise. Das liegt vor allem an der klaren Gliederung, der verständlichen und dennoch präzisen Sprache und der Beschränkung auf das Wesentliche. Nach einer knappen Einführung bieten die Kapitel über die persönliche und sachliche Steuerpflicht sowie über die Veranlagung der Einkommensteuer einen guten Einstieg, in dem der Rahmen der später genauer behandelten Themen abgesteckt wird. Der weitere Gang der Handlung lehnt sich Schritt für Schritt an den bei der Ermittlung der Einkommensteuer vorgegebenen Fahrplan an. So werden nacheinander die sieben Einkunftsarten detailliert vorgestellt, wobei naturgemäß die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit einen besonders breiten Raum einnehmen. Die folgenden Kapitel sind erwartungsgemäß durch die Stichworte Gesamtbetrag der Einkünfte, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen charakterisiert, bis man schließlich zum zu versteuernden Einkommen und der Ermittlung und Erhebung der Einkommensteuer gelangt. Ein Exkurs über die Eigenheimzulage und ein Anhang mit einer nützlichen Zusammenstellung von Freibeträgen, Freigrenzen, Pausch- und Höchstbeträgen nach dem Euro-Glättungsgesetz runden das Buch ab. Das Buch ist gut lesbar sowie durch Diagramme und Beispiele recht anschaulich gestaltet.

7055

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM MAI 2002

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen
 □ – auf Diskette lieferbar, ● – auf CD-ROM lieferbar)

Statistische Berich

Gestorbene in Hessen 2000 nach Todesursachen, Altersgruppen und Geschlecht; (A IV 3 - j/00); (K)	6,00 Euro
□, Excel	6,00 Euro
Im Gesundheitswesen tätige Personen in Hessen am 31. Dezember 2001; (A IV 1 - j/01); (K)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Die Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise Hessens am 31. Dezember 2000 nach Alter und Geschlecht; (A I 3, A I 4 - j/00); (K)	6,00 Euro
□, Excel	6,00 Euro
Flächenerhebung in Hessen im Jahr 2001 (Tatsächliche Nutzung); (C I 1/S - 1 - 4j/01)	5,00 Euro
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im März 2002; (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E I 1 - m 3/02); (K)	3,00 Euro
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im März 2002; (E I 1 - m 3/02); (K)	4,00 Euro
□, Excel	4,00 Euro

Indizes des Auftragseingangs des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im April 2002; (E I 3 - m 4/02)	4,00 Euro
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im April 2002 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E I 1 - m 4/02); (K)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im April 2002; (E I 1 - m 4/02); (K)	4,00 Euro
□, Excel	4,00 Euro
Das Handwerk in Hessen im 1. Vierteljahr 2002 (Ergebnisse der repräsentativen Handwerksberichterstattung); (E V 1 - vj 1/02)	2,50 Euro
Verarbeitendes Gewerbe in Hessen 2001; (E I 1 - j/01); (K)	6,00 Euro
□, Excel	6,00 Euro
Energieversorgung in Hessen im Januar 2001 (Vorläufiges Ergebnis); (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 1/01)	3,00 Euro
Baugenehmigungen in Hessen im April 2002; (F II 1 - m 4/02); (K)	3,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Februar 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 2/02)	3,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im März 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 3/02)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im April 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 4/02)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im März 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 3/02); (K)	3,00 Euro
Binnenschifffahrt in Hessen im März 2002; (H I 1 - m 3/02); (H)	3,00 Euro
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im April 2002 (Vorauswertung); (H I 1 - m 4/02); (K)	2,50 Euro
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im 1. Vierteljahr 2002; (H I 4 - vj 1/02)	2,50 Euro
Die Sozialhilfe in Hessen im Jahr 2001 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik 2001 (Teil 1: Ausgaben und Einnahmen); (K I 1 mit K VI 1 - j/01 Teil 1); (K)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Preisindizes für die Lebenshaltung und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im Mai 2002; (M I 2 - m 5/02)	4,00 Euro
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Oktober 2001 und im Jahr 2001 (Teil I: Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe); (N I 1 - vj 4/01 - Teil I)	4,00 Euro
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Oktober 2001 und im Jahr 2001 (Teil II: Angestelltenverdienste); (N I 1 - vj 4/01 - Teil II)	6,00 Euro
Bruttojahresverdienste im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen 2001 (Ergebnisse der Ergänzungserhebung zur laufenden Verdiensterhebung); (N I 4 - j/01)	3,00 Euro
Einsammlung und Verwertung von Verpackungen in Hessen 2000; (Q I 8 - j/00)	3,00 Euro
Z) Zusammenfassende Berichte	
Hessen unter den Ländern der Bundesrepublik; Ausgabe II/2001; (Z I - hj/2001 - 2)	4,00 Euro
□, Excel	4,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt - 65175 Wiesbaden